

Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **07.04.2021 / KW 13**

„Auf das Wohlbollen der ÖVP abgezielt“

Die Novomatic-Spenden an das Alois-Mock-Institut haben rechtlich keine Folgen. Obwohl Geld teils ohne „adäquaten Gegenwert“ floss.

MARIA ZIMMERMANN

WIEN. Die Geldflüsse des Glücksspielkonzerns Novomatic an das der ÖVP nahestehende Alois-Mock-Institut ziehen keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich, wie aus dem Vorhabensbericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hervorgeht, der den SN vorliegt und bereits vom Justizministerium abgesegnet ist. Damit ist auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) juristisch aus dem Schneider, gegen den als Präsident des Instituts ermittelt wurde. Doch es sind die Details, die den Akt spannend machen: Denn für einige Zahlungen fanden sich keine entsprechenden Gegenleistungen – just jene Zahlungen liegen aber so weit zu-

rück, dass auch die Verjährung bereits greifen würde. Wie berichtet, hat die Novomatic von April 2013 bis ins Jahr 2019 insgesamt rund 109.000 Euro an das Institut überwiesen – für Kooperationen bei Veranstaltungen und Inserate im regel-

Eher Parteispende als Anfüttern

mäßig erscheinenden „Mock-Report“. Die Zahlungen des Konzerns wurden im Zuge der Ermittlungen nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos publik, in welchem der frühere FPÖ-Chef HC Strache gemeint hatte: „Novomatic zahlt alle.“

Sobotka, der als Vorsitzender des Ibiza-U-Ausschusses im Herbst des Vorjahres selbst Rede und Antwort

stehen musste, sagte damals: „Ich halte fest, dass es keine Spende an das Alois-Mock-Institut gibt.“ Er sprach von völlig legalen Kooperationen. Und: „Es gab immer für eine Leistung eine Gegenleistung.“

Das sieht die WKStA nicht ganz so. Sie teilt die Zahlungen in zwei Phasen ein: Einmal die Gelder, die 2013 und 2014 flossen, und dann die Jahre danach. 2013 und 2014 überwies die Novomatic einmal 30.000 Euro, einmal 20.000. Es sei „indiziert“, dass den Zahlungen kein adäquater Gegenwert gegenüberstand und es sich tatsächlich überwiegend um „Spenden“ handelte, die „Vorteile“ im Sinne des Korruptionsstrafrechts darstellen können“, heißt es. Das ergebe sich aus den runden Summen, die in „keiner Weise nachvollziehbar“ seien, wenn man zu den Veranstaltungen aus 2013 und 2014 recherchiere. „Welchen konkreten Hintergrund die Zahlungen hatten, ist nicht bekannt“, heißt es. Es habe sich aber eher um Parteispenden denn um das „Anfüttern“ eines konkreten Amtsträgers gehandelt, was nach fünf Jahren ohnehin verjährt wäre.

Nach 2014 – Phase 2 – seien Sponsoring und Inserate nachvollziehbar. Es sei aber „davon auszugehen, dass die Novomatic diese Veranstaltungen ohne die Nähe zur Regierungspartei ÖVP nicht gesponsert und auch im ‚Alois-Mock-Report‘ keine Inserate geschaltet hätte.“ Doch das reiche „nicht für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorenleistungen“. Abgezielt habe das vielmehr „auf allgemeine wohlwollende Behandlung der Interessen der Novomatic durch die Regierungspartei ÖVP und ihre Amtsträger“. – Zusammenfassend sei festzuhalten, dass die Zahlungen selbst als „allfällige und verdeckte Parteienfinanzierung (...) strafrechtlich nicht fassbar“ wären, so die WKStA.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

VON MARTIN FRITZL

Wien. Die „Osterruhe“ in Ostösterreich ist zwar noch nicht vorbei, wohl aber jene im Parlament: Am Freitag gibt es eine Sondersitzung zur Öbag, davor tagt zweimal der Ibiza-Untersuchungsausschuss. Und der steuert angesichts der Veröffentlichung von Chat-Protokollen aus Regierungskreisen vergangene Woche auf einen Höhepunkt zu.

Die Zeugen

Etliche Auskunftspersonen sind diese Woche geladen, zwei stechen hervor: Heute, Mittwoch, absolviert Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) seinen bereits zweiten Auftritt vor dem U-Ausschuss. Und am Donnerstag kommt Julian H., jener Detektiv, der dem früheren FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache die Video-Falle auf Ibiza gestellt hat.

Die Fragen

Seit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Veröffentlichung der Chat-Protokolle von Öbag-Chef Thomas Schmid steht Finanzminister Blümel im Mittelpunkt des Interesses. Fragen an ihn gibt es vor allem zu zwei Themenkomplexen: Erstens zum Thema Novomatic, zu dem ja auch die Wirtschafts- und

“

Die Befragung von Finanzminister Gernot Blümel wird wohl zwischen Erinnerungslücken und Entschuldigungen oszillieren.

Stephanie Krisper,
Neos-Abgeordnete

Korruptionsstaatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hat. Ausgangspunkt ist das SMS von Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel, er benötige einen Termin bei Außenminister Kurz wegen einer Spende und eines Problems, das Novomatic in Italien hat. Blümel dementiert, dass es je eine Spende gegeben hat, aber: Was wurde genau besprochen zwischen Blümel und Neumann? Gab es vielleicht andere Geldflüsse? Aus Novomatic-internen Chats geht hervor, dass man „etwas Besseres“ vorhatte als zu spenden. Was war das? Blü-

Highlight im U-Ausschuss Blümel und der Detektiv

Parlament. Nach seiner Hausdurchsuchung wird Finanzminister Gernot Blümel zu den Themen Novomatic und Öbag befragt. Auch der Produzent des Ibiza-Videos kommt in den U-Ausschuss.

mel hat ja Thomas Schmid, damals Generalsekretär im Finanzministerium, gebeten, sich des Novomatic-Problems (eine massive Steuerforderung in Italien) anzunehmen. Dass dies nur aufgrund eines SMS, ohne Rücksprache mit Neumann, vonstatten ging, ist wenig plausibel.

Das zweite Thema ergibt sich aus den inzwischen veröffentlichten Chats von Thomas Schmid, der

die staatliche Beteiligungs-Holding Öbag als „Schmid AG“ (Blümel im Chat) einrichten konnte. Schmid hatte die Fäden in der Hand bei der Formulierung des Öbag-Gesetzes, bei der auf ihn zugeschnittenen Stellenausschreibung und bei der Auswahl von „steuerbaren“ Aufsichtsräten. Politisch die Fäden in der Hand hatten Blümel als Regierungskoordinator –

und Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Schmid die bezeichnende Nachricht „Kriegst eh alles, was du willst“ schickte.

Die Taktik

Der erste Auftritt von Blümel vor dem U-Ausschuss war ein denk-

würdiger: Mehr als 80 Mal konnte sich der Minister nicht mehr erinnern. Dass er sogar vergessen hatte, ob er einen Laptop besaß, sorgte für einige Häme – und für den Vorwurf, der Minister verhöhne das Parlament.

An sich sind ja Erinnerungslücken gar keine so schlechte Taktik bei einem heiklen Auftritt vor dem U-Ausschuss. Als Zeuge ist man zur Wahrheit verpflichtet, unwahre Angaben sind mit Strafe bedroht. Es gab auch schon etliche Zeugen, für die ein Auftritt vor dem U-Ausschuss mit einer Verurteilung geendet hat. Zu große Erinnerungslücken können aber gerade für einen Politiker zu einem schweren Imageschaden führen.

Blümel hat noch eine zweite Möglichkeit: Als Beschuldigter in einem Strafverfahren muss er nicht aussagen, wenn er sich selbst belasten könnte. „Die Befragung wird wohl zwischen Erinnerungslücken und Entschuldigungen oszillieren“, vermutet Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper.

Der Detektiv

Der Produzent des Ibiza-Videos, Julian H., sitzt in Wien in Untersuchungshaft. Seine Befragung wird auf großes Interesse stoßen – und ein breites Themenspektrum umfassen. ÖVP und FPÖ werden sich eher für die Produktion des Videos interessieren (obwohl das genau genommen gar nicht Thema des Untersuchungsausschusses ist), andere werden den Auftritt von H. zum Anlass nehmen, die Ermittlungsarbeit der Polizei zu thematisieren, die sich eher auf die Produktion des Videos konzentriert und nicht auf darin vorkommende eventuell strafrechtlich relevante Aussagen. Darüber wird der Zeuge gern sprechen – er fühlt sich ja von der Polizei ungerechtfertigt verfolgt.

Für die Neos ist auch eine Aussage des Detektivs von Interesse: Er hat angegeben, ihm sei ein Millionenbetrag geboten worden, wenn er aussagt, die SPÖ oder die Neos stünden hinter der Produktion des Videos. Und noch eine andere Affäre wird am Donnerstag in den Mittelpunkt rücken: Julian H., der schon im Deutschland im Wirecard-U-Ausschuss ausgesagt hat, wird zu politischen Verbindungen des Konzerns nach Österreich Stellung nehmen. Kontakte gab es da sowohl zur ÖVP wie auch zur FPÖ.



Zum zweiten Mal als Zeuge im U-Ausschuss: Finanzminister Gernot Blümel (bei der ersten Befragung im Juni 2020). [APA]

„Falter“, 07.04.2021

Das Handy des Christian Pilnacek

Der mächtige Sektionschef hat seine Chats stets gelöscht. Aber die Staatsanwaltschaft hat in einem versteckten Ordner geheime Dokumente gefunden, die ihm Vertraute widerrechtlich schickten. Wollte er die Korruptionsermittlungen gegen die ÖVP behindern?

BERICHT: FLORIAN KLENK

Christian Pilnacek war der mächtigste Mann im Justizministerium, Generalsekretär, Chef der Weisungssektion, Cheflegist. Mit dem Strafrecht kennt sich der konservative Exzentriker aus. Mit Datensicherheit eher nicht so. Eines hat der Spitzenbeamte mit den guten Kontakten in die ÖVP in all den Jahren nicht gelernt: wie man brisante oder belastende Informationen vom Handy so löscht, dass sie auch ein Forensiker nicht mehr finden kann.

Vielleicht hat Pilnacek aber auch nie damit gerechnet, dass ihm ein Staatsanwalt einmal sein Handy wegnehmen könnte. Er stand ja auch irgendwie über den Dingen, putzte gern Untergebene oder kritische Medienleute zusammen, oder jene, die er dafür hielt. Juristisch und taktisch aber machte er kaum Fehler. Zumindest glaubten das viele, die ihn näher kannten. Der "Pil" war zwar ein cholerischer Machtmensch, aber korrupt? Nein.

Am 25. Februar dieses Jahres endete vorerst seine steile Karriere. Weil Pilnacek im (eher schwach begründeten) Verdacht steht, dem Ex-Justizminister und VfGH-Richter Wolfgang Brandstetter den Termin einer Hausdurchsuchung bei dem von ihm betreuten Immobilieninvestor Michael Tojner durchgestochen zu haben, wurden Staatsanwälte aus Wien vorstellig und kassierten Pilnaceks Gerät.

Nun liegt der erste "Bericht über Funde von Daten" vor. Es sind ganz schön viele Funde. Pilnacek hatte zwar auf seinem Diensthandy, einem Samsung Galaxy S10, die Messenger-App "Signal" installiert, und er hat dort auch die Funktion "Verschwindende Nachrichten" aktiviert, eine Funktion, die Chats verschwinden lässt. Und tatsächlich sind auch die meisten seiner Konversationen mit Medienleuten, ÖVP-Politikern oder Staatsanwälten verschwunden.

Aber ein Detail hat Pilnacek nicht bedacht: nämlich dass die Google-App auf seinem Handy ein Fach namens "Docs/cache" angelegt hat. Dort sind Miniaturansichten jener Dateien gespeichert, die Pilnacek in den letzten Wochen am Handy geöffnet hat, sogenannte Vorschaubilder.

Und so wurde es zwei IT-Experten des Justizministeriums möglich, Einblicke zu bekommen, was "Pil" so zugeschickt bekommen hat. Und zwar mutmaßlich von Johann Fuchs, dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, also des Aufsichtsorgans über die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA).

Fuchs und Pilnacek sind die mächtigsten Repräsentanten am Justizparkett. Dass ausgerechnet die beiden nun im Verdacht stehen, in der Causa Ibiza und im Casinos-Akt Amtsgeheimnisse verraten zu haben, erschüttert die Republik. Pilnacek und Fuchs, so der Verdacht, sollen die Ermittlungen der eigenen Behörden torpediert haben, ein Vorwurf, der seit Monaten im Raum steht, spätestens seit die Ibiza-Staatsanwältin Christina Jilek vor dem U-Ausschuss erklärte, dass sie vor lauter Schikanen nicht mehr ermitteln könne.

Und spätestens seit Fuchs an Pilnacek mailte, man solle die WKStA "aus der Komfortzone holen". Seit Monaten schon suchen die beiden fieberhaft nach Fehlern der WKStA. Bisweilen regelrecht besessen. Der Hintergrund: die WKStA rieb sich im Eurofighter-Verfahren auf und thematisierte, dass Pilnacek den Monsterfall nur einem einzigen Staatsanwalt übertragen hatte, der darin unterging. Die WKStA zeichnete eine Dienstbesprechung heimlich auf, um dokumentieren zu können, wie übergriffig die Oberen die Unteren drangsalierten. Pilnacek musste sich entschuldigen.

Doch es dürften jetzt nicht nur interne Machtspiele sein, sondern mutmaßliche Straftaten, die der WKStA die Ermittlungen im Ibiza-Akt schwermachen. Zumindest vermutet das die Staatsanwaltschaft Innsbruck. Sie leitete nach dem Auslesen von Pilnaceks Handy auch ein Strafverfahren gegen Johann Fuchs ein -Verdacht des Geheimnisverrats. Er soll interne und streng geheime Dokumente der WKStA über die App "Signal" an Pilnacek übermittelt haben, als dieser nicht mehr der zuständige Sektionschef war. Und zwar "mehrere Aktenteile aus dem Verschlussakt" der WKStA. Und Pilnacek, so der Verdacht, soll diese Akten verwertet haben -zur Beratung von prominenten Beschuldigten, möglicherweise auch, um die WKStA mit gezielt lanciertem Dirty Campaigning an ihrer Arbeit zu hindern.

Was genau wurde also gefunden? Es gibt zwei Berichte, die sich mit Funden auf Pilnaceks Handy beschäftigten und die nun auch dem Ibiza-U-Ausschuss vorliegen. In einem internen Bericht dokumentieren zwei Forensiker jene Dateien, die sich in der Google-Cache-Datei gefunden haben.

Pilnacek hatte nicht nur den Hausdurchsuchungsbefehl für Gernot Blümel am Handy (diesen könnte er ganz legal von Blümel bekommen haben), sondern auch streng vertrauliche Kopien des sogenannten Antrags und Verfügungsbogens, die den Stempel der Oberstaatsanwaltschaft Wien tragen und nicht der Akteneinsicht unterliegen. Und hier wird es spannend. So bekam Pilnacek etwa die "Vorabinfor" der WKStA über die bevorstehende Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel zugesandt. Unklar ist, wann er sie bekam. Fest steht nur: Sie trägt den Stempel der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Der Behörde ist es -so die Rechtsansicht von Justizministerin Alma Zadić- nicht gestattet, dieses Dokument an Pilnacek weiterzuschicken. Schon gar nicht per Signal-Messenger. Wieso hat Pilnacek die Vorabinfor auch bekommen? Um Blümel zu warnen? Er selbst gibt dazu keine Antwort.

Fuchs selbst gab an, die Akten weitergegeben zu haben, um sich "rechtlich zu beraten". Die WKStA aber vermutet einen Verrat, wie sie in einem internen Aktenvermerk festhält: "Von besonderer Dringlichkeit ist für die WKStA, dass auch der Informationsbericht Nr. 71 (Bericht über die bevorstehende (!) HD bei Mag. Blümel, MBA am Mobilgerät des Mag. Pilnacek gefunden wurde, obwohl dieser zu diesem Zeitpunkt definitiv nicht mehr in der Fachaufsicht tätig war."

Pilnacek hatte aber auch noch andere Dokumente am Handy. Zum Beispiel eine Kopie eines internen Dokuments, wonach gegen Finanzminister Hartwig Löger und Raif Eisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner ein Strafverfahren eingeleitet werde, diese aber davon noch nicht informiert werden. Warum wurden ihm auch diese Infos aufs Handy geschickt? Sollten auch hier Warnungen rausgehen? Auch das vermutet die WKStA.

Weitere Funde: eine anonyme Strafanzeige gegen Staatsanwälte der WKStA, die im Kurier lanciert wurde und ein von Oberstaatsanwalt Johann Fuchs angefertigtes, 103 Seiten starkes Beschwerdeschreiben über die "Aufälligkeiten" in der WKStA im Ibiza-Komplex. Das Dokument ist "unter Verschluss", sollte eigentlich nur Zadić vorgelegt werden, fand sich aber auch auf dem Handy des unzuständigen Pilnacek. Warum?

Dass Pilnacek Beschuldigte persönlich instruierte, ergibt sich aus einem zweiten Bericht der Forensiker. Darin werden die Chats und Telefonkontakte Pilnaceks dokumentiert, die noch nicht gelöscht waren. Er telefonierte nicht nur mehrmals mit ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Johann Fuchs, er half offenbar auch der ÖVP, parlamentarische Anfragen in der Causa Blümel gegen die eigene Chefin, Alma Zadić, zu formulieren. Ein Entwurf des Fragenkatalogs wurde auf seinem Handy gefunden. Nicht verboten, aber illoyal.

Besonders brisant aber ist der von Profil, Standard und ORF veröffentlichte Chat mit Clemens-Wolfgang Niedrist, dem Kabinettschef von ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel. Niedrist schickte ihm den Sicherstellungsbefehl der WKStA, weil diese wegen einer Parteispendenaffäre zwischen der Novomatic und der ÖVP im Ministerium vorstellig werden wollte. "Das ist ein Putsch, lauter Mutmaßungen, es muss Beschwerde gegen HD eingelegt werden, wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?", schrieb Pilnacek um 21.46 Uhr sichtlich aufgeregt. Und dann wollte er offenbar das Finanzministerium wie ein Strafverteidiger beraten, wie sich aus Signal-Mitteilungen Pilnaceks ergibt, die allerdings noch nicht abgeschickt wurden, sondern noch im Ausgangsordner lagen.

So schrieb Pilnacek an Blümels Kabinettschef: "Meine Empfehlung wäre, BMF sucht aufgrund der Anordnung (der WKStA, Anm.) das dazu Passende heraus. Wenn das der Staatsanwaltschaft nicht genügt, muss sie sehen, wie sie zu mehr kommt. Zusammengefasst: In Wahrheit ist man auf die Kooperation mit dem BMF angewiesen; mit Zwangsgewalt werden die angestrebten Beweismittel von Externen kaum zu finden sein. Einspruch wäre dennoch anzuraten. Vernünftig und der einzige Weg, aus der Misere rauszukommen; man darf ja nicht übersehen (sic!), dass Weisung des Beschuldigten nicht auszufolgen strafgesetzwidrig und daher nicht zu befolgen wäre, Einspruch würde ich dennoch empfehlen." Auch eine Disziplinarbeschwerde beim damaligen Justizminister Werner Kogler regt er an.

Pilnacek berät den unter Verdacht der Bestechlichkeit stehenden Finanzminister über den Umweg von dessen Kabinettschef, wie er Staatsanwälte bei der Hausdurchsuchung auflaufen lassen kann? Das ist schon ziemlich einzigartig.

Ist das aber strafbar? Ist es zumindest ein Disziplinarvergehen? Nein, sagt vorerst die Bundesdisziplinarbehörde. Sie hob -in Kenntnis all dieser Chats- die Suspendierung Pilnaceks auf. Justizministerin Zadić ist stinksauer, kämpft nun dagegen an und darf hoffen, dass ihr die Instanz recht gibt. Auch Oberstaatsanwaltschaftsfuchs ist weiter in Amt und Würden. Er sagt, er habe sich "nichts vorzuwerfen". Zadić hat ihm zwar den Ibiza-Akt und die Aufsicht über die WKStA entzogen, aber eine vorläufige Suspendierung wagt sie nicht, obwohl dies zulässig wäre. Am Wort ist hier der Oberste Gerichtshof als Disziplinarbehörde.

Politisch ist der Fall klarer: Ein der ÖVP nahestehender Sektionschef und der Chef der Oberstaatsanwaltschaft machen hinter den Kulissen massiv Druck gegen jene Behörde, die den größten Korruptionsfall der Republik bearbeitet und auch im ÖVP-Umfeld massenhaft Handys einkassiert und Hausdurchsuchungen durchgeführt hat.

Pilnacek berät die Beschuldigten und hilft der ÖVP bei Anfragen gegen das eigene Haus. Eine Abteilung verfolgt die Verdächtigen also offiziell, und die andere verteidigt sie hinter den Kulissen diskret.

Ein Staat im Staat, wie der Standard rätselte? Oder einfach nur ein Intrigenspiel Pilnaceks, der Zadićs Organisationsreform nicht verkraftete (sie nahm ihm die Weisungssektion weg) und die WKStA abgrundtief hasst, weil sie ihn seit der Eurofighter-Causa heimlich aufgenommen hat ("Derschlogt's es!"). Der letzte Showdown?

Die Staatsanwaltschaft hat das nun zu klären. Alma Zadić steht vor einem kompletten Chaos, die wichtigsten Akteure führen gegeneinander Krieg. Ihr Handlungsspielraum ist eng. Wenn Pilnaceks Suspendierung aufgehoben wird, könnte sie ihn nur durch eine neue Organisationsreform loswerden. Die ÖVP wird das nicht zulassen.

Pilnacek, zumindest das steht fest, ist ihr starker Mann im Justizressort. Der Sektionschef selbst will sich nicht äußern, wie seine Anwälte Dieter Böhmendorfer und Rüdiger Schender erklären. Er sei schon im "Osterurlaub".

"EIN PUTSCH"

Die Akteure einer höchst dubiosen Justizaffäre

Gernot Blümel ist Finanzminister der Republik. Sein Kabinettschef unterhielt sich nächtens mit einem (nicht zuständigen) Sektionschef und holte sich von diesem Rat, wie man gegen eine Hausdurchsuchung vorgehen kann

Johann Fuchs war Korruptionsstaatsanwalt. Nun wirft ihm die Staatsanwaltschaft Innsbruck schwere Straftaten vor. Er soll Verschlussakten -etwa einen Vorabbericht über eine Hausdurchsuchung bei Blümel -an Pilnacek weitergeleitet haben

Justizministerin Alma Zadić steht vor einem völlig zerstrittenen Justizressort. Die Ibiza-Anklägerin hat das Handtuch geworfen, ein Sektionschef wurde suspendiert, ein Oberstaatsanwalt steht unter Verdacht. Die Disziplinarbehörde erschwert den Durchgriff

„Falter“, 07.04.2021

Bischöfe sind nicht Familie

PETER MICHAEL LINGENS

Wären die Chats auf dem Handy von Thomas Schmid, die die Staatsanwaltschaft zu rekonstruieren vermochte, auf dem Handy eines Vertrauten der rot-schwarzen Regierung Werner Faymanns aufgetaucht, die ÖVP hätte den Rücktritt aller Beteiligten gefordert und gute Chancen gehabt, die folgende Neuwahl zu gewinnen. In der türkis-grünen Regierung hofft Werner Kogler, dass Schmid von sich aus den Hut nimmt. Diese Zurückhaltung ist verständlich: Sebastian Kurz' ÖVP erhielt bei Neuwahlen wieder die meisten Stimmen und koalierte dann entweder mit der SPÖ oder, wenn es sich ausginge, wieder mit der FPÖ. Beides kann nicht im Interesse der Grünen sein. In ihrem Interesse wäre nur eine rot-grün-pinke Koalition, und die ginge sich nur aus, wenn die Österreicher begriffen, wie sehr Kurz das christlich-soziale Selbstverständnis seiner Partei nach rechts gerückt hat, und daran zweifle ich.

Zur Erinnerung an Türkis-Blau: Schmid, derzeit Chef der ÖBAG, in der die Republik ihre Beteiligungen bündelt, wird verdächtigt, als Generalsekretär des Finanzministeriums an einem Deal von ÖVP und FPÖ mitgewirkt zu haben, bei dem FP-Bezirksrat Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos bestellt wurde und das Ministerium dem Glücksspielkonzern Novomatic entgegenkommen sollte. Ich zweifle, dass das nachweisbar ist, obwohl Schmid ein neues Glücksspielgesetz plante. Auch die Rechtswidrigkeit seiner eigenen Bestellung halte ich für kaum nachweisbar, sie verlief nur charakteristisch: "Ich bin nicht international erfahren", ließ Schmid wissen - worauf die Forderung nach "internationaler Erfahrung" aus der Ausschreibung verschwand.

Dass Schmid sich auch die Aufsichtsräte aussuchte, die ihn bestellten und jetzt überwachen sollen, liest sich im Chat so: "Wirklich eine Gute", schwärmte er über eine von ihm erhoffte Vorsitzende des Aufsichtsrates gegenüber Sebastian Kurz, "Finanzexpertin, compliant, steuerbar und mit guten Beziehungen zu Raiffeisen". Die besaßen auch die Raiffeisenmanager Walter Rothensteiner und Josef Pröll und nahmen ihre Aufsicht bei der Bestellung Sidlos, dem der zuständige Headhunter die Qualifikation abgesprochen hatte, mit vornehmer Zurückhaltung wahr - sie segneten sie ab und bestreiten jede Vetternwirtschaft. Auch bei Schmid's ÖBAG-Ambition ist allenfalls wechselseitige Warmherzigkeit aus den Chats zu erahnen: "Das bist Du mir schuldig", ließ er Finanzminister Gernot Blümel wissen - "Du bist Familie" beruhigte ihn dieser. Um schon drei Monate vor der tatsächlichen Bestellung zu posten: "Schmid AG fertig." Dass Schmid potenter Alleinvorstand sein wollte, verstand auch Familien-Oberhaupt Kurz: "Kriegst eh alles, was Du willst".

"Unter Schmid ist die ÖBAG fünf Milliarden wertvoller geworden", verteidigte VP-Mandatar Andreas Hanger diese familiäre Zuwendung. Auch wenn die gewaltige Wertsteigerung der Verbund AG voran deren Vorstand und der EU-weiten Verpflichtung zur CO₂-Reduktion zu danken ist und die Wertsteigerung der Bundesimmobilien kaum mit Schmid zu tun hat.

Nur dass die Republik ihre Beteiligungen in einer AG gebündelt hat, ist vermutlich gut. Allerdings teile ich den ÖVP-Standpunkt, dass "weniger Staat, mehr privat" noch besser wäre: Nur beim Verbund macht Staatseigentum Sinn - OMV, Post oder Immobilien brauchen es in keiner Weise. Staatseigentum an nicht zwingend vom Staat zu führenden Unternehmen, darin bin ich ausnahmsweise neoliberal, befördert politische Freunderlwirtschaft. (Der führende Theoretiker des Austromarxismus, Otto Bauer, formulierte es noch härter: Unfähige Beamte treten an die Stelle fähiger Unternehmer.) Theoretisch sollte es Kurz und Blümel also schwerfallen, zu erklären, warum sie sich entgegen ihrer Ideologie derart für Schmid engagiert haben, und eigentlich müsste daraus auch ein reales Rechtsproblem erwachsen: Schließlich haben beide ein solches Engagement vor dem U-Ausschuss bestritten.

Noch mehr erstaunt hat mich in der Theorie - nicht in der realen Praxis - beider Umgang mit der katholischen Kirche. Unmittelbar nachdem Kardinal Christoph Schönborn, vor allem aber der Generalsekretär der Bischofskonferenz Peter Schipka, die türkis-blaue Asylpolitik heftig kritisiert hatte, kam es am 13. März 2019 zu einem Treffen zwischen Schipka und Schmid, das diesen am frühen Nachmittag folgende Nachrichten an Kurz senden ließ: "Heute ist die Kirche bei uns. Schipka kommt um 16.00. Wir werden Ihnen ordentliches Package mitgeben. Im Rahmen eines Steuerprivilegien Checks aller Gruppen in der Republik wird für das BMF auch die Kirche massiv hinterfragt. Alle sind gleich. Dann gehen wir unsere Liste durch. LG Thomas." Darauf Kurz: "Ja super. Bitte Vollgas geben." Am Abend berichtete Schmid dem Kanzler über den Verlauf des Gesprächs: "Also Schipka war fertig! Steuerprivilegien müssen gestrichen werden Förderungen gekürzt. Und bei Kultus und Denkmalpflege wesentliche Beiträge. Heimopfergesetz werden wir deckeln. Er war zunächst rot dann blass dann zittrig"

Erinnert mich fast an "Zack, zack, zack!". Nicht so Kurz: "Super danke vielen!!", schrieb er zurück.

Wann werden die Österreicher begreifen, wie der Mann beschaffen ist, den sie mit so großem Abstand zum Kanzler haben wollen? Kurz dürfte jedenfalls begriffen haben, dass es ihm nicht guttut, wenn die Staatsanwälte Handys beschlagnahmen. Innenminister Karl Nehammer hat ein Gesetz entworfen, das das Sicherstellen von Datenträgern zur Ausnahme machen soll.

„www.orf.at“, 06.04.2021

Blümel wird zu Chats befragt

Besondere Spannung verspricht der parlamentarische „Ibiza“-U-Ausschuss diese Woche: Im Zentrum des ersten Befragungstages am Mittwoch steht der Auftritt von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Seine bereits zweite Ladung in das Untersuchungsgremium gilt durch zuletzt veröffentlichte Chats als brisant. Tags darauf tritt mit dem Detektiv Julian H. ein „Ibiza-Promi“ auf.

An Blümels erstem Auftritt im Juni des vergangenen Jahres wurde seitens der Opposition herbe Kritik geübt, zumal er sich über 80-mal an erfragte Umstände nicht erinnern konnte. Doch wird auf Blümel diesmal wohl eine Flut neuer – und wohl auch detailreicherer – Fragen zukommen, schließlich gibt es mit den kürzlich publik gewordenen Chatverläufen mit dem Chef der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG, Thomas Schmid, neues Material.

Die Chatverläufe illustrieren, dass Schmid – langjähriger Finanz-Kabinettschef und Finanz-Generalsekretär – bereits beim Anlaufen der Reform der heimischen Staatsholding (aus ÖBIB wurde ÖBAG) großes Interesse an dem Vorstandsposten hegte. Die ausgewerteten Chats zeigen, wie Schmid etwa auf die Ausschreibung für den Chefsessel Einfluss nahm und dann an der Auswahl jener Aufsichtsräte beteiligt war, die ihn dann letztlich zum ÖBAG-Chef machen sollten.

„SchmidAG fertig!“

Und in die entsprechende Chatkommunikation zu diesem Prozess war neben Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) auch der damalige Kanzleramtsminister Blümel eingebunden. Letzterer schrieb etwa nach dem ÖBAG-Beschluss im Nationalrat im Dezember 2018 von der „Schmid AG“ („SchmidAG fertig!“) und dass Schmid „Familie“ sei („Du bist Familie“). Ein halbes Jahr schrieb Blümel Schmid noch von einer Rettung in dessen Sinne: „Hab dir heute deine ÖBIB gerettet!“ Schmid und die Umstände seiner Bestellung waren nach Bekanntwerden der Chats stark kritisiert worden. Am Dienstag gab der ÖBAG-Aufsichtsrat nach einer Sondersitzung schließlich bekannt, dass Schmid seinen bis März 2022 geltenden Vertrag auslaufen lassen werde.

Mit dem Bekanntwerden dieser und vieler weiterer Chats sahen die Oppositionsparteien ihre Vorwürfe von Postenschacher und Freunderlwirtschaft in der ÖVP bestätigt – strafrechtlich relevant sind die bisher bekannten Chats nicht. Ermittler prüfen derzeit aber, ob die Bestellung des früheren FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo in den Casinos-Vorstand im März 2019 und die Bestellung von Schmid kurz darauf miteinander „verzahnt“ waren, woraus sich Relevanz ableiten ließe – dafür gibt es derzeit aber keine Beweise. Hierbei ist Schmid Beschuldigter, es gilt die Unschuldsvermutung.

Blümel Beschuldigter in Casinos-Affäre

Bei Blümels Befragung auch Thema wird wohl der Komplex rund um ein von Ermittlern auf dem Handy von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann entdecktes SMS sein. Dabei geht es um eine Nachricht, die Neumann an Blümel geschickt hatte. Neumann bat Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister Kurz wegen „erstens Spende zweitens eines Problemes das wir in Italien haben“. Die Novomatic kämpfte damals gegen eine Steuerforderung der italienischen Behörden.

Blümel leitete den Gesprächswunsch an Schmid weiter, der damals Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium war. Die Ermittler vermuten, dass Blümel seinen Vertrauten Kurz von der SMS in Kenntnis setzte. Die WKStA machte wegen dieses SMS-Funds Blümel zum Beschuldigten in der Casinos-Affäre - es gilt die Unschuldsvermutung. Am 11. Februar kam es zur ersten Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Finanzminister. In den Wochen danach wurden

Dokumente im Finanzministerium sichergestellt.

Nach Aufkommen der Vorwürfe hatte Blümel eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, wonach es von der Novomatic weder Spenden an die Wiener ÖVP noch an vier mit ihm in Verbindung gebrachte Vereine gegeben habe. „Ich kann ausschließen, dass irgendwo Geld als Gegenleistung für meine politischen Handlungen geflossen ist, wo ich involviert gewesen bin oder davon gewusst habe. Das kann ich beschwören, weil das mache ich nicht“, gab Blümel in einem „Presse“-Interview Ende Februar an.

Pilnacek-Niedrist-Chat könnte Thema werden

Angesprochen wird Blümel wohl auch auf einen Chat zwischen dem derzeit vorläufig suspendierten Justizministerium-Sektionschef Christian Pilnacek und Blümels Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Finanzminister. Dabei schrieb Pilnacek als Reaktion auf die Sicherstellungsanordnung, mit der die Ermittler Ende Februar das Finanzministerium besucht hatten, von einem „Putsch“ („Das ist ein Putsch!!“). Zudem regte Pilnacek eine Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung an und fragte, wer Blümel denn auf die Einvernahme bei der WKStA vorbereite.

Laptop als Dauerbrenner

Bei der Hausdurchsuchung nahmen die Ermittler nicht nur Blümels Mobiltelefon, sondern auch einen Laptop mit, den er mit seiner Frau gemeinsam nütze, wie Blümel erklärte. In diesem Zusammenhang wird der Finanzminister wohl gefragt werden, wieso seine Lebensgefährtin den Laptop auf einen Spaziergang mitnahm, den sie während der Razzia unternahm. Nach Blümels erster „Ibiza“-Befragung im Vorjahr reagierten die Mandatarinnen und Mandatäre äußerst erstaunt, weil er zu Protokoll gab, dass er seine Geschäfte als Kanzleramtsminister und ÖVP-FPÖ-Regierungskoordinator ohne Laptop geführt habe.

Nach Blümel kommt ÖBAG-Mitarbeiterin

Nach Blümel sind am Dienstag die Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei der ÖBAG sowie Blümels ehemaliger Kabinettschef geladen. Letzterer leitet mittlerweile den Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt. Von der ÖBAG-Mitarbeiterin, die damals unter Minister Hartwig Löger (ÖVP) im Finanzministerium tätig war und rund um die Bestellung Schmidts auch in Chatverläufen eine Rolle spielt, erwarten sich die Fraktionen Einblick in die Vorgänge rund um die Ausschreibung des ÖBAG-Chefpostens Ende 2018, von der dritten Auskunftsperson in die internen Abläufe der ÖVP-FPÖ-Regierung.

Die Befragungen von Blümel und der ÖBAG-Mitarbeiterin werden thematisch auch eine Sondersitzung im Plenum des Nationalrats am Freitag einläuten, die dann im Unterschied zum „Ibiza“-U-Ausschuss gänzlich öffentlich (und nicht nur medienöffentlich) stattfindet. Einberufen wurde die Sitzung von der Opposition mit Verweis auf die Chats rund um die Bestellung von Schmid zum ÖBAG-Alleinvorstand.

Auch Julian H. tritt auf

Doch noch davor muss am Donnerstag Julian H. im „Ibiza“-Ausschuss Rede und Antwort stehen. Der mutmaßliche Hauptorganisator des auf Ibiza aufgenommenen Videos, das ÖVP-FPÖ platzen ließ, war Anfang März nach Österreich ausgeliefert worden und befindet sich seitdem wegen des Vorwurfs der Erpressung und mutmaßlicher Drogendelikte in U-Haft. Der Privatdetektiv, für den die Unschuldsvermutung gilt, hatte bereits im deutschen U-Ausschuss zum Wirecard-Skandal ausgesagt und dabei in einer geheimen Sitzung Verstrickungen des Wirecard-Managements mit FPÖ und ÖVP angedeutet.

Die Fraktionen werden Julian H. aber vermutlich hauptsächlich zur Genese des „Ibiza-Videos“ und zu möglichen Hintermännern befragen – Entschlagungen sind jedenfalls in größerer Anzahl zu erwarten. Nach H. wird am Donnerstag auch der Direktor der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Thomas Steiner, Auskunft erteilen. Steiner kam als damaliger Chef der Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) 2019 unter ÖVP-FPÖ in die OeNB und soll vordringlich zum Beweisthema „Reform der Finanzmarktaufsicht (FMA)“ befragt werden.

„www.orf.at“, 06.04.2021

Zahlungen an Mock-Institut wohl ohne strafrechtliche Folgen

Die Zahlungen des Glücksspielkonzerns Novomatic an das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka an der Spitze dürften keine strafrechtlichen Folgen haben.

Wie die „Salzburger Nachrichten“ unter Berufung auf einen Vorhabensbericht schreiben, hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zwar potenziell problematische Geldflüsse gefunden. Diese auf 2013 und 2014 zurückgehenden Zahlungen werden aber als verjährt eingestuft, spätere als „strafrechtlich nicht fassbar“.

Sobotka hatte trotz der Novomatic-Zahlungen an das Alois-Mock-Institut und andere Institutionen in seinem Umfeld darauf beharrt, Obmann des „Ibiza“-Untersuchungsausschusses zu bleiben. Der Ausschuss untersucht unter anderem Zahlungen des Glücksspielkonzerns an die Politik.

„Kein adäquater Gegenwert“

Insgesamt hat die Novomatic dem Institut 109.000 Euro zukommen lassen – darunter Sponsorings für Veranstaltungen sowie zwei Zahlungen von 30.000 und 20.000 Euro in den Jahren 2013 und 2014.

Zu letzteren schreibt die WKStA in ihrem Vorhabensbericht, „dass den Zahlungen kein adäquater Gegenwert gegenüberstand und es sich tatsächlich überwiegend um ‚Spenden‘ handelte, die ‚Vorteile‘ im Sinne des Korruptionsstrafrechts darstellen können“.

„Welchen konkreten Hintergrund die Zahlungen hatten, ist nicht bekannt“, heißt es. Es habe sich aber eher um Parteispenden denn um das „Anfüttern“ eines konkreten Amtsträgers gehandelt, was nach fünf Jahren ohnehin verjährt wäre.

Zahlungen nach 2014 für WKStA nachvollziehbar

Sponsorings und Inserate nach dem Jahr 2014 waren dem Bericht zufolge nachvollziehbar. Zwar sei davon auszugehen, dass die Novomatic die Veranstaltungen des Instituts ohne dessen Nähe zur Regierungspartei ÖVP nicht unterstützt hätte.

Der Konzern habe auf eine „wohlwollende Behandlung“ seiner Interessen durch die ÖVP abgezielt. Doch das reiche nicht für eine strafrechtliche Relevanz, und selbst eine verdeckte Parteienfinanzierung wäre „strafrechtlich nicht fassbar“.

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. Der Personalaufwand betrug 606,9 Millionen Euro im Jahr 2020, gegenüber 772,8 Millionen Euro ein Jahr davor. Der Rückgang sei im Wesentlichen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Große Einsparungen machte das Unternehmen auch im Marketing, wo die Aufwendungen von 120 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 77 Millionen Euro im Corona-Jahr 2020 reduziert wurden.

In der Novomatic-Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigte 2020 im Schnitt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich. Im Jahr 2019 hatte das Unternehmen über 22.300 Mitarbeiter. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Millionen Euro.

Wie Ende 2020 ist auch der Beginn von 2021 von Lockdowns und restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in zahlreichen Kernregionen der Novomatic geprägt. "Insgesamt bleibt das Geschäftsumfeld für den Novomatic AG-Konzern sehr dynamisch", heißt es im Jahresfinanzbericht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erwartet das Unternehmen, dass die Umsatz- und Ergebnisausfälle 2020 im Geschäftsjahr 2021 aber "zum Teil aufgeholt werden können".

Der heimische Glücksspielkonzern steht immer wieder im Fokus des politischen Interesses, wie im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wo unter anderem Zahlungen der Novomatic an die Politik durchleuchtet werden. Der Konzern bestreitet, dass diese Zuwendungen einen illegalen Hintergrund haben. (apa)

„Kronen Zeitung NÖ“, 04.04.2021

Teure Verluste

Die Corona-Krise hat den in Gumpoldskirchen im Bezirk Mödling angesiedelten Glücksspielkonzern Novomatic getroffen. Der Umsatz brach um ein Drittel ein – 263 Millionen Euro Verlust.

„Kurier“, 03.04.2021

Corona verhagelt Novomatic die Bilanz

Konzern schreibt 2020 Verlust in Höhe von 263 Millionen Euro

Umsatzeinbruch. Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Millionen Euro. Das geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Mio. Euro.

Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen. Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien



Glücksspielkonzern beschäftigt weltweit 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich

(-199,3 Mio. Euro) und Deutschland (-174,4 Mio. Euro) zurück, gefolgt von Osteuropa (-142,4 Mio. Euro) und Österreich (-112,2 Mio. Euro). Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Mio. Euro).

Das Glücksspielunternehmen sieht sich finanziell gut aufgestellt: „Trotz dieses

schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau“, hieß es von dem Konzern. In der Novomatic-Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten.

„Österreich“, 03.04.2021

Durch globale Sperren 263 Mio. € Minus

Novomatic meldet Verlust durch die Corona-Krise

Gumpoldskirchen. Weil die Corona-Pandemie den Betrieb an vielen Standorten lahmgelegt habe, sei der Umsatz 2020 um ein Drittel auf 1,74 Milliarden Euro eingebrochen, gab der Glücksspielkonzern Novomatic am

Karfreitag bekannt. Wegen des Minus von 263 Millionen Euro werde heuer keine Dividende ausbezahlt, der Konzern sei aber finanziell gut aufgestellt, die Verschuldung sei sogar um 10,2 Prozent reduziert worden.

„Kleine Zeitung“, 03.04.2021

2020 MINUS VON 263 MILLIONEN EURO

Novomatic mit hohen Verluste

Die Corona-Krise und die Einschränkungen beim Betrieb von Casinos, Spielbanken und Wettstandorten hat den Glücksspielriesen Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Milliarden Euro ein. Unterm Strich steht ein Verlust von 262,8 Millionen Euro. APA



„Tiroler Tageszeitung“, 03.04.2021

Novomatic: Riesenminus

Wien – Die Corona-Krise hat den Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Aufgrund von Beschränkungen im Betrieb von Casinos, Spielhallen u.a. brach der Umsatz 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Mio. Euro, geht aus dem Freitagabend veröffentlichten Finanzbericht hervor. Dennoch sieht sich das Unternehmen finanziell gut aufgestellt: Die Nettoverschuldung sei 2020 um 10,2 Prozent reduziert worden, die Eigenkapitalquote liege mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau. Dividende für 2020 gibt es keine. (APA)

„Kurier“, 03.04.2021

Blümels Kabinettschef und Oberstaatsanwaltschaftschef sind neue Beschuldigte

Beiden wird Verletzung des Amtsgeheimnisses vorgeworfen. Auf Pilnaceks Handy Infos über Razzia der WKStA bei Blümel gefunden

Justizermittlungen. Der nächtliche Chat zwischen Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek und Clemens-Wolfgang Niedrist, dem Kabinettschef von Gernot Blümel, hat nun auch rechtliche Folgen für Blümels Vertrauensmann. Denn Niedrist war es, der an Pilnacek die Anordnung zur Sicherstellung im Finanzministerium am 24. Februar schickte. In der Sicherstellung forderte die Staatsanwaltschaft aus dem Finanzministerium und dem Bundesrechenzentrum eine Fülle an Daten rund um die Causa Novomatic.

Das Ziel dieser Sicherstellung: Die Staatsanwaltschaft will prüfen, ob das Finanzministerium bei den italienischen Behörden interveniert hat, damit Novomatic eine Reduzierung einer damaligen 30-Millionen-Steuerschuld in Italien bekommt. Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann hatte Gernot Blümel in dieser Steuercausa um Hilfe gebeten, Blümel hatte Neumanns Bitte an den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, mit der Anmerkung weitergeleitet: "Tue es für mich."

In der Folge nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen im Finanzministerium auf. Pilnacek bezeichnete die Vorgangsweise der Staatsanwaltschaft in dem Chat mit Niedrist als "Putsch".

Verhängnisvoller Chat Wegen dieses verhängnisvollen Chats wird Niedrist von der Staatsanwaltschaft nun auch als Beschuldigter geführt, wie der KURIER erfuhr. Die Staatsanwaltschaft Wien schreibt: Niedrist habe am 24.2.2021 als Kabinettschef und somit "als Beamter ein ihm ausschließlich kraft seines Amtes anvertrautes und zugänglich gewordenes Geheimnis offenbart", und diese Offenbarung war "geeignet, ein öffentliches Interesse zu verletzen". Für die Behörde steht der Verdacht der Verletzung des Amtsgeheimnisses im Raum. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Causa Fuchs In dem Dokument, das dem KURIER vorliegt, wird auch Johann Fuchs, der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt. Am Smartphone von Christian Pilnacek sind offenbar auch Hinweise gefunden worden, die auch bei Fuchs den Verdacht nahelegen, dass der hohe Beamte eine Verletzung des Amtsgeheimnisses begangen haben könnte. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Das Ö1-Mittagsjournal berichtete, dass auf dem sichergestellten Handy Pilnaceks offenbar Fotos eines Informationsberichts der WKStA an die Oberstaatsanwaltschaft Wien über die bevorstehende Hausdurchsuchung bei

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) gefunden wurden.

Das gehe aus einem eMailverkehr zwischen der WKStA und der Staatsanwaltschaft Innsbruck hervor. In der Korrespondenz mit der WKStA fragt die Staatsanwaltschaft wegen Fotos von Dokumenten auf Pilnaceks Handy an. Sie will wissen, ob diese Verschlussache seien. Eines der Dokumente soll der Informationsbericht der WKStA über die Hausdurchsuchung bei Blümel sein. Diese Information unterliege der WKStA zufolge der Verschlussachenverordnung und hätte nicht an Pilnacek weiter gegeben werden dürfen, weil der seit Monaten nicht mehr für die Fachaufsicht der Staatsanwaltschaften zuständig sei.

Razzia verraten? Wie und wann das Dokument bei Pilnacek gelandet sei, geht laut Ö1 aber nicht aus dem eMailverkehr hervor. Auch nicht, was Pilnacek damit gemacht habe. Es wird offenbar vermutet, Pilnacek hätte die bevorstehende Razzia an Blümel oder Niedrist verraten haben können. Pilnaceks Anwälte haben zuletzt jeden Vorwurf eines pflichtwidrigen Verhaltens zurückgewiesen. Es gilt die Unschuldsvermutung.

i. metzger, m. hammerl

U-Ausschuss-Richter sieht keine Verfehlung des Landes

Commerzialbank: Auf 255 Seiten wird der politische Anteil an der Pleite beleuchtet

Burgenland. Trifft Landespolitik und -verwaltung eine Mitschuld an der monströsen Pleite der Commerzialbank Mattersburg AG mit Passiva von 870 Millionen Euro? Diese Frage sollte der Untersuchungsausschuss des Burgenländischen Landtags, der Anfang März nach sechs Monaten zu Ende ging, klären.

Die Antwort: Nein. Das ist die Essenz des 255-seitigen Berichts zum U-Ausschuss von Verfahrensrichter Walter Pilgermair. Der Wälzer wird am Dienstag präsentiert, der KURIER hat ihn schon.

Die Oppositionsparteien ÖVP, FPÖ und Grüne hatten nach der Schließung der Regionalbank im Bezirk Mattersburg den U-Ausschuss gegen Widerstand der SPÖ-

Regierung durchgesetzt – weil sie ein „rotes Netzwerk“ rund um Bank-Gründer Martin Pucher vermuteten.

Pilgermair, Ex-Präsident des Oberlandesgerichts Innsbruck, sieht die Sache nach sechs Monaten und 63 Zeugen anders und spricht vom „System Pucher“, das „im Kreditbereich eine nahezu potemkinsche Bank“ aufbaute und als „Kriminalfall“ endete. Neben Pucher – „Hauptperson, Motor, Drehscheibe und Gesicht der Bank“ – habe „bei den vorliegenden Beweisergebnissen“ nur Co-Vorständin Franziska Klikovits als „einzige in seine Malversationen Eingeweihte und Mitwirkende (...) festgestellt werden“ können. Pucher und Klikovits sind auch die Hauptbeschuldigten

in einem Ermittlungsverfahren der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Warten auf die Justiz

Und die Politik, namentlich die rote Hälfte? „Es ist keinerlei Mitwirkung eines politischen Organs oder eines Verwaltungsorgans des Landes (...) an den Malversationen hervorgekommen“, stellt der 73-jährige Tiroler fest. Mehrere Themen wollte die Opposition klären lassen: Die Übernahme der Revisionsbefugnis für die Muttergenossenschaft der Bank durchs Land 1994; Geschäftsbeziehungen von Land und Gemeinden mit der Bank; Geschenke an Politiker; den Informationsfluss vor Schließung der Bank; etwaige Verbindungen zwischen der

Novelle zum kleinen Glücksspiel und Zuwendungen von Novomatic an Politiker.

Letzteres, weil das bisher einzige politische Opfer des Bankskandals, der wegen eines Goldgeschenks von Pucher zurückgetretene Ex-SPÖ-Landesrat Christian Illedits, Präsident des Fußballklubs ASV Draßburg ist, der von einer Novomatic-Tochter gesponsert wird.

Pilgermair: Hinweise auf politische Einflussnahme oder Zuwendungen an Politiker gab es nicht. Ähnlich in den anderen Punkten: Bei der Übernahme der Revisionsbefugnis habe das Land „alles getan, was es tun musste“. Pilgermair stützt sich dabei auf den von der SPÖ hofierten Sachverständigen Herbert Motter.



Die Commerzialbank Mattersburg wurde im Juli 2020 geschlossen

Anhand der Frage nach Geschenken an Politiker zeigt Pilgermair selbst die Grenzen des Berichts auf. „Mangels Verfügbarkeit wesentlicher Unterlagen“ sei eine „vollständige Erhebung (...) nicht möglich“.

Die erwartet Pilgermair erst in „einigen Jahren“, wenn Strafverfahren und Amtshaftungsklagen abgeschlossen sind. Schon jetzt sieht der frü-

here Richter und Staatsanwalt den „begründeten Verdacht“, dass die Wirtschaftsprüfer „gegen ihre Sorgfaltspflichten“ verstoßen haben. Und auch das „Handeln oder Nichthandeln“ von Finanzmarktaufsicht oder Nationalbank sei mangels Kooperation des Bundes mit dem U-Ausschuss nicht zu klären gewesen.

THOMAS OROVITS

1. 2. 2019
Thomas Schmid

Was würden wir ohne dich machen! Du bist eine echte Stütze! Es ist zack wenns um einen selber geht - Not easy ;))

1. 2. 2019
Gernot Blümel

Keine Sorge! Du bist Familie

1. 2. 2019
Gernot Blümel

Und wir alle brauchen dich!!!

1. 2. 2019
Thomas Schmid

Februar 2021
Eva Marek

Ich befürchte, es ist insgesamt ein riesiges Dilemma

Februar 2021
Christian Pilnacek

Ein Putsch

Februar 2021
Eva Marek

Aber gegen wen mittlerweile?

Februar 2021
Christian Pilnacek

Gegen Kurz & Co

Februar 2021
Eva Marek

Dachte du meinst intern

Christian Pilnaceks Handy
Kontakt Wolfgang Sobotka

Entgangener Sprachanruf Mo., 08:55
Entgangener Sprachanruf Mo., 08:57
Entgangener Sprachanruf Mo., 09:09
Entgangener Sprachanruf Mo., 09:10

Ausgehender Anruf Mo., 09:12
Ausgehender Anruf Mo., 11:23
Ausgehender Anruf Mo., 14:03

Empfangener Anruf von Wolfgang Sobotka Mo., 22:42
Empfangener Anruf von Wolfgang Sobotka Mo., 22:47
Empfangener Anruf von Wolfgang Sobotka Mo., 22:51

Insgesamt 13 Mal riefen einander Sobotka und Pilnacek am Montag, 22. Februar, und dem Tag darauf an. Sobotka nennt Pilnacek einen „persönlichen Freund“.

Dreifache Hürde Wie Regierungschats öffentlich werden

Im Anfang war das Wort: Geschrieben von Politiker A an Topmanager B, Jahre später tauchen diese Chats dann in Medien auf – aber wie? In fast allen Fällen sorgen Ermittlungen dafür, dass Chatnachrichten publik werden. Aber ungefiltert läuft da nichts: Schon bei der Abnahme von Smartphones bei Verdächtigen können diese öfter einzelne private Fotos oder SMS – etwa jene mit ihrem Anwalt – löschen. In einer zweiten Stufe prüfen dann Ermittler datenforensisch. Sie durchsuchen das Smartphone nach Stichworten, beispielsweise „Casinos“, oder nach Chats zwischen zwei Beschuldigten. Nur strafrechtlich relevante SMS gelangen in den Akt, viele private also nicht. Dort können dann alle Beschuldigten und ihre Anwälte die Chatauswertungen einsehen, im Fall Casinos also dutzende Menschen. Läuft ein UAusschuss zum Thema, übermitteln Staatsanwaltschaften die Akten auch dorthin. So gelangen Chats dann manchmal zu Journalisten, die nun selbst auf Relevanz prüfen und Privates beiseiteschieben: nach medienrechtlichen und ethischen Gesichtspunkten. (fsc)

Die türkise Familie

Die Chatprotokolle türkiser Regierungspolitiker und Spitzenbeamter zeigen, wie die staatliche Verwaltung und unabhängige Behörden für Parteipolitik instrumentalisiert wurden. Quer über Ministeriumsgrenzen, den Parlamentsklub und Grenzen der Justiz wurde geschattet, oft in eigener Sache. Das setzte sich auch unter Türkis-Grün fort.

ANALYSE: Fabian Schmid

Wenn es einen ehemaligen Parteiohnbmann der ÖVP gibt, der maßlos unterschätzt wird, dann ist das vermutlich Michael Spindelegger. Klar, seine Ära war glanzlos und enttäuschend: Er folgte auf die Zukunftshoffnung Josef Pröll, nachdem dieser wegen privater und gesundheitlicher Probleme zurückgetreten war. Wahlerfolge feierte man unter Spindelegger keine, auch sein Abgang war trist. Aber Spindelegger pflanzte jene Samen, die nun zur blühenden Landschaft ÖVP wurden. Und die sich, zumindest in den Augen der Opposition, zu sauren Wiesen und Sümpfen wandelte.

Unter Spindelegger begann die politische Karriere fast aller Politstars, die die ÖVP heute dominieren. Er machte Sebastian Kurz zum Staatssekretär, nachdem dieser zuvor Mitarbeiter bei ihm gewesen war. In Spindeleggers Kabinett im Außenministerium lernten einander Thomas Schmid, Alexander Schallenberg und Gernot Blümel kennen; mittlerweile sind sie Chef der Staatsholding, Außen- und Finanzminister. Mehr als ein Jahrzehnt ist das mittlerweile her. Man kennt einander sehr gut – oder, wie der damalige Kanzleramtsminister Gernot Blümel im Februar 2019 mit drei Küsschen-Emojis an Finanz-Generalsekretär Schmid schrieb: „Keine Sorge! Du bist Familie!“ Als Antwort: ein Küsschen retour.

Manch andere Partei mag Sebastian Kurz' „neue ÖVP“ um ihre Verschworenheit beneidet haben. Die Chats, die nun öffentlich werden, zeigen jedoch die Kehrseite dieser Verbundenheit: Es wirkt, als ob eine professionelle Distanz fehlte – sowohl zueinander als auch zum jeweiligen Arbeitsplatz und den dortigen Aufgaben. Deshalb schreiben Minister, Kabinettsmitglieder und Spitzenbeamte einander nicht mit der gebotenen Vorsicht, was moralisch fragwürdige Aktivitäten anbelangt – sondern sie schreiben einander wie eben eine

„Familie“. „Ich liebe meinen Kanzler!“, bedankte sich Schmid bei Kurz. „Kriegst eh alles, was du willst“, antwortete der ebenfalls mit Küsschen-Emojis. Gemeint hatte Kurz, dass der Chefposten der neu gegründeten Staatsholding Öbag „eh“ mächtig sein werde.

Dass Schmid diesen Posten anstrebte, war allen Beteiligten klar, das zeigen die Chats eindeutig. Schmid schrieb das Öbag-Gesetz mit, schrieb die Ausschreibung für den Öbag-Chefsessel mit und wählte jene Aufsichtsräte mit aus, die ihn zum Öbag-Chef bestellen sollten.

Kurz „pennt nie“

Der gebürtige Tiroler, der einst als Pressesprecher des nicht rechtskräftig verurteilten Ex-Finanzministers Karl-Heinz Grassner in die Politik kam, war eine Schnittstelle im türkisen Netzwerk. Auch mit Gesetzesreformen wie dem Rauchverbot wurde er befasst. „Seit 2 Uhr morgens bombardiert mich Kurz wegen der Raucher“, schrieb Schmid im März 2018 an eine Kollegin im Finanzkabinett. „Der pennt nie. Wird Zeit, dass ich heimkomme.“

Man merkt an den Chats auch, wie die Protagonisten ihre Ministerien als parteipolitische Spielwiese ansehen. Besonders drei Ressorts befanden sich Jahrzehntlang fest in der Hand der ÖVP: das Finanzministerium de facto seit den frühen 2000er-Jahren. Dasselbe gilt für das Innenministerium, wo nur die Ära Herbert Kickl von Ende 2017 bis zum Ibiza-Video im Mai 2019 die ÖVP-Dominanz unterbrochen hat – mit turbulenten Folgen für das Haus, wie etwa der Razzia im BVT. Lange Zeit war auch das Justizministerium eine klar schwarze Domäne: Von Dezember 2008 bis zum Ibiza-Video nominierte die Volkspartei den Minister. In diese Zeit fiel auch die Karriere von Christian Pilnacek. Der Jurist wurde 2010 zum Chef einer Supersektion, in der die Legistik erarbeitet und die Strafsachen beaufsichtigt wurden. Pilnacek wurde zum Verbindungsmann für die ÖVP. Besonders eindrucks-

voll zeigen das Nachrichten von seinem Smartphone, das im Februar 2021 sichergestellt worden ist. Rund um die Ermittlungen gegen Gernot Blümel um ein angebliches Spendenangebot der Novomatic an die ÖVP glühte Pilnaceks Hörer. Die ÖVP hatte ihre Kampagne gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gestartet, die Pilnacek schon zu seiner Zeit als deren Vorgesetzter ein Dorn im Auge war. Am 11. Februar war Blümel Wohnung durchsucht worden, am 24. Februar stand eine Sicherstellung im Finanzministerium bevor.

Sobotka-Anrufe und ein „Putsch“

In den zwei Tagen davor, am 22. und 23., riefen Pilnacek und Nationalratspräsident sowie Ibiza-U-Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) einander zwölfmal an, wie Recherchen von STANDARD, Profil und ORF zeigen. Was wurde besprochen? „Präsident Sobotka tauscht sich in seiner Funktion als Nationalratspräsident in regelmäßigen Abständen mit Spitzenrepräsentanten und Beamten der österreichischen Justiz aus“, sagt ein Sprecher des Nationalratspräsidenten. „Diese Gespräche, die in der Regel immer unter vier Augen geführt werden, sind vertraulich (...)“ Pilnacek sei „seit langer Zeit ein persönlicher Freund des Präsidenten und bleibt das auch“.

Auch mit Blümel's Kabinettschef Clemens Wolfgang Niedrist, der einst im Justizministerium Kabinettschef gewesen war, hatte Pilnacek Kontakt. Weil Niedrist die Sicherstellungsanordnung für das Finanzministerium an den nicht zuständigen Sektionschef geschickt hat, wird er nun des Amtsmissbrauchs beschuldigt – es gilt die Unschuldsvermutung. Pilnacek gab Tipps, wie man der WKStA das Leben schwermachen kann: „Zusammengefasst: In Wahrheit ist man auf die Kooperation mit dem BMF angewiesen; mit Zwangsgewalt werden die angestrebten Beweismittel von Externen kaum zu finden sein ...“ Die Er-

mittlungen bezeichnete er als „Putsch“. Das schrieb Pilnacek im Chat mit Christine Marek, Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs. „Aber gegen wen mittlerweile?“, fragte sie. „Gegen Kurz & Co“, antwortete er. Marek sagt heute: „Ich habe ehrlich keine Ahnung, was damit gemeint war.“

Auf dem Smartphone von Pilnacek entdeckten Ermittler nicht nur Aktenstücke wie den Vorbericht zur Razzia bei Blümel, sondern auch einen „Fragenkatalog“. Dieses Dokument war von einem Mitarbeiter des ÖVP-Klubs erstellt worden und fand seinen Weg in eine parlamentarische Anfrage der ÖVP an Pilnaceks Vorgesetzte, Justizministerin Alma Zadic. Zu all dem will Pilnaceks Anwalt nichts sagen: „Wir ersuchen um Verständnis, dass Christian Pilnacek unter den derzeitigen Bedingungen gegenüber Medien keine Stellungnahme abgibt, jedoch den in den Raum gestellten Vorwurf von Pflichtwidrigkeiten zurückweist.“ Die WKStA befürchtet auch, dass die Hausdurchsuchung bei Novomatic-Manager Neumann „mündlich“ verraten wurde – und will in diesem Zusammenhang Daten aus Pilnaceks Smartphone prüfen. Trotz der Vorwürfe sprach sich der Disziplinarsenat jedoch gegen dessen Suspendierung aus – das Justizministerium kann Rechtsmittel einlegen.

War auch Pilnacek ein Mitglied der ÖVP-„Familie“? Seine Demontage als Strafrechts-Sektionschef sorgte jedenfalls für Stress in der Koalition. Der Kanzler soll mehrmals nachgefragt haben, ob Pilnacek seinen Posten behalten werde. Die Liste der türkisen Beschuldigten, über deren Ermittlungen Pilnacek keine Aufsicht mehr hat, hat es in sich: neben Pilnacek selbst auch Öbag-Chef Thomas Schmid und eine enge Mitarbeiterin, Finanzminister Blümel und sein Kabinettschef, Blümel's Vorgänger Hartwig Löger und Josef Pröll sowie die Ex-Vizeparteiobfrau Bettina Glatz-Kremsner und Manager Walter Rothensteiner. Ein großer Teil der „Familie“ also.

➤ Causa Ibiza und Streit in der Justiz

Brisanz birgt

Die Auswertungen des Handys des suspendierten Sektionschefs Christian Pilnacek gewähren tiefe Einblicke und offenbaren Verflechtungen zwischen dem mächtigen Justizbeamten und der Partei von Kanzler Sebastian Kurz. Justizministerin Alma Zadic will weitere Schritte von den Ermittlungen abhängig machen.

Pilnacek, der Spaltpilz. Das Bild ist wohl nicht klagbar. Für den mächtigen Justizbeamten, der alle Vorwürfe bestreitet und sich nicht dazu äußern will, gilt ohnehin die Unschuldsvermutung. Gegen ihn wird ermit-

telt, er ist suspendiert, weil er Infos zu geplanten Hausdurchsuchungen verraten haben soll. Auswertungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kursieren. Auch im Fall des Finanzministers Gernot



Schlüsselfiguren im Justiz-Drama: Mächtiger Sektionschef Christian Pilnacek und die grüne Justizministerin Alma Zadic.

➤ Enthüllungen aus Chat-Protokollen sorgen für Dynamik

Stoff für Fortsetzung

Blümel, gegen den ermittelt wird wegen Korruptionsverdacht (es geht um mögliche Spenden von Novomatic an die ÖVP und eine Steuergeschichte des Glücksspielkonzerns in Italien). Es gab eine Hausdurchsuchung bei Blümel, dessen Laptop währenddessen eine Runde mit dem Kinderwagen, gesteuert von Blümels Ehefrau, drehte. Laut Handy-Auswertungen soll Pilnacek erzürnt von einem „Putsch“ gespro-

chen haben und dass man gegen derartige Hausdurchsuchungen vorgehen solle. Der „Krone“ liegen diese Auswertungen des Mobiltelefons von Pilnacek vor, es stecken noch andere brisante Zusammenhänge darin.

Justizministerin Alma Zadic hat den mächtigen Pilnacek teilentmacht. Ein (ÖVP-naher) Disziplinarausschuss hat sich gegen die Suspendierung des Sektionschefs ausgesprochen.

Justizministerin Alma Zadic könnte reagieren. Auf Anfrage der „Krone“, ob sie dieses zu tun gedenke und ob diese neuen Enthüllungen die Koalition mit der ÖVP belasten, lässt sie ausrichten: „Die Frist zur Erhebung eines Rechtsmittels läuft vier Wochen. Das weitere Vorgehen wird bis nächste Woche vom Ministerium geprüft.“ Eines steht fest: Fortsetzung folgt.

Erich Vogl



Am Osterwochenende steht für die Abgeordneten die Suche nach neuen Hinweisen in der Ibiza-Causa auf dem Programm.

BILD: SN/ALEX HALADA / PICTUREDESK.COM

Ibiza-U-Ausschuss erwartet heiße Woche

Ein Drahtzieher und ein Finanzminister in Nöten. Nach zuletzt eher zähen Befragungsrunden wird es im Ibiza-U-Ausschuss wieder spannend.

WIEN. Nach Ostern sind zwei Tage im Kalender des Ibiza-Untersuchungsausschusses rot angestrichen. Am kommenden Mittwoch wird ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel zum zweiten Mal vor den Ausschuss geladen. Bei seinem ersten Auftritt im vergangenen Juni gab sich der türkische Minister wortkarg. 86 Mal gab er an, sich nicht erinnern zu können. Doch seither ist viel passiert: Beim Finanzminister gab es vor wenigen Wochen eine Hausdurchsuchung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Der Verdacht: Der frühere Novomatic-Manager Harald Neumann hatte sich im Jahr 2017 mit einem Steuerproblem in Italien an Blümel gewandt, mit der Bitte um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP). Die WKStA prüft nun, ob es dafür eine Parteispende an die ÖVP gab, die in den Nachrichten angedeutet wird. In der Befragung von Blümel werden auch jüngst publizierte Nachrichten zwischen Blümels Büro und dem nach wie vor vorläufig suspendierten Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek eine

Rolle spielen. Denn nach der Hausdurchsuchung bei Blümel dürfte ein Mitarbeiter des Ministers Pilnacek kontaktiert haben, dieser wiederum hat das Vorgehen der Korruptionsjäger als „Putsch“ bezeichnet und gleich mit juristischen Tipps geholfen. Wie am Freitag bekannt wurde, dürften laut „Ö1-Radio“ auf dem Handy von Pilnacek, gegen den wegen Geheimnisverrats ermittelt wird, Fotos eines geheimen Ermitt-

Klarheit über mögliche Hintermänner?

lungsakts über die bevorstehende Hausdurchsuchung bei Blümel gefunden worden sein. Alle Betroffenen bestreiten die Vorwürfe.

Das dritte Kapitel in der Blümel-Befragung wird Chatnachrichten mit ÖBAG-Chef Thomas Schmid betreffen. 2018 hat sich Blümel mit ÖVP-Mann Schmid intensiv über den Aufbau der neuen staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG und den zurechtgezimmerten Chefposten für Schmid unterhalten. Auch wenn hier wohl kein strafrechtli-

ches Vergehen vorliegt, ist der Postenschacher für die ÖVP politisch höchst unangenehm.

Am Donnerstag wird eine weitere Auskunftsperson mit großer Spannung erwartet: der Ibiza-Video-Drahtzieher Julian H. Der frühere Detektiv gilt neben einem Wiener Anwalt als mutmaßlicher Drahtzieher des Ibiza-Videos. Der 40 Jahre alte Privatdetektiv wurde Anfang März nach Österreich ausgeliefert, nachdem er zuvor in Deutschland festgenommen worden war. Derzeit befindet er sich in Untersuchungshaft. H. werden Erpressung und mögliche Drogendelikte vorgeworfen. Auch für ihn gilt die Unschuldsvermutung.

Der Wiener Anwalt, der ebenfalls die Videofalle für die FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus vorbereitet haben soll, war bereits im Ausschuss und schwieg meistens. Julian H. zeigte sich zuletzt in Interviews auskunftsfreudiger. Ob er im Ausschuss eine der wichtigsten bisher ungeklärten Fragen in der Causa beantworten wird, ist aber unklar: Hat jemand für das Video bezahlt? **mars**

„Österreich“, 03.04.2021

POLITIK

Sobotka 12 Mal auf Handy von Pilnacek

Sobotka, Pilnacek
Telefonate direkt
vor Beschlagnahme.

U-Ausschuss-Chef in Kontakt mit umstrittenen Top-Beamten

Just vor Beschlagnahme seines Handys waren Pilnacek und Sobotka in Kontakt.

Wien. Wegen der Nähe zum Glücksspielkonzern Novomatic und seiner Vorsitzführung im Ibiza-U-Ausschuss ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ohnehin im Visier aller Parteien (außer seiner ÖVP). Nun, das wird sich nicht ändern, im Gegenteil: ÖSTERREICH liegen Screenshots der beschlagnahmten Samsung-Handys des einst so mächtigen Justizsektionschefs Christian Pilnacek vor. Unmittelbar vor der Beschlagnahme hatte die „graue Eminenz“ der Justiz engen Kontakt mit Sobotka. Keine gute Optik, sprach doch ein Zeu-

ge (Pilnacek) mit dem Chef des Kontrollausschusses. Pilnacek musste ja im Juli 2020 selbst vor dem U-Ausschuss aussagen.

Insgesamt 12 Mal scheint Sobotka in den vier Tagen vor der Handy-Beschlagnahme in Pilnaceks „Signal“-Account auf: 4 Anrufe waren vergebens, je 4 Mal ruft Pilnacek Sobotka an bzw. umgekehrt, einmal sogar spätabends. Es muss sich also um etwas Dringendes gehandelt haben. Der letzte Anruf war am Dienstag, den 23. Februar – am Donnerstag, den 25. wurden die Ermittlungen gegen Pilnacek wegen des Verdachts

der Verletzung des Amtsgeheimnisses dann bekannt und sein Handy beschlagnahmt. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Sobotka gibt sich zugeknöpft: Die Gespräche seien vertraulich, er tausche sich regelmäßig mit Spitzenbeamten aus. G. Schröder



Analyse. Kein Streit in der Koalition, kein Anpatzen, keine Packelei: Mit diesem Versprechen ist ÖVP-Chef Sebastian Kurz 2017 angetreten. Das Bild, das er vom frischen Politik-Stil gezeichnet hatte, hat zuletzt Kratzer bekommen.

Was vom „neuen Stil“ geblieben ist



September 2017 in der Wiener Stadthalle: Der neue ÖVP-Chef Sebastian Kurz begeht mit rund 10.000 Anhängern offiziell den Wahlkampfauftakt.

[Tschuderer / picturebank.com]

VON IRIS BONAVIDA
UND JULIA NEUHAUSER

Das erste Mal, dass Sebastian Kurz vom neuen Stil spricht – oder zumindest das erste Mal, dass es dokumentiert wurde –, war am 21. Mai 2011. Michael Spindelegger wurde gerade zum Obmann der ÖVP ernannt. Kurz, selbst JVP-Chef, gratulierte ihm herzlich zur Wahl, bedankte sich aber auch bei Spindeleggers Vorgänger, Josef Pröll, mit seiner Arbeit an einem neuen politischen Stil gearbeitet.

Der neue Stil also: Die meisten Chefs kündigten ihn zu Beginn ihrer Amtszeit an. Auch in anderen Parteien. Aber niemand außer Kurz ging dabei so konsequent vor: Als er 2017 die ÖVP übernahm, sollte es keine Partei mehr sein. Sondern eine Bewegung. Kurz wollte keine Zwischenschritte aus den Ländern. Sondern die Lizenz, ein Machtwort zu sprechen. Kein biederer Schwarz mehr, sondern das frische Türkis. Überhaupt sollte das Farbspektrum in Österreich erweitert werden: Rot-Schwarz regiert seitdem nicht mehr.

Kurz selbst beschrieb diesen neuen Stil gern so: „Wir werden andere nicht anschnitten. Wir werden bewusst auf Angriffe nicht mit Gegenangriffen reagieren.“ Man werde einen „neuen Stil im Umgang miteinander prägen“. Kein Anpatzen, kein Streit mit dem Koalitionspartner, keine alte Packelei. Mit diesem Versprechen war Kurz erfolgreich. Und ist es immer noch. Vor allem in den letzten Tagen hat das Bild, das er vom neuen Stil gezeichnet hatte, aber etliche Kratzer bekommen.

Zunehmend wird das oberste Gebot des „Nicht-Streitens“ verletzt. Ausgerufen wurde es bereits

unter Türkis-Blau. Nach außen hin herrschte demonstrative Einigkeit. Dafür sorgte eine professionelle Kommunikation, die schnell als Message Control bekannt wurde. Nach innen sah es oft anders aus. Das zeigten die Anfang März an den Untersuchungsausschuss gelieferten Nachrichten zwischen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Kurz. „Wenn das euer neuer Stil ist, weiß ich nicht, wohin das führen soll. Ist kein fairer und ehrlicher partnerschaftlicher Umgang mit mir und uns“, schrieb der FPÖ-Chef etwa in der Debatte um die Einführung einer Mindestpension. Die Öffentlichkeit nahm damals keine Notiz davon.

Dass demonstrative Einigkeit mit den Grünen schwieriger werden würde, war klar, deshalb wählte Türkis-Grün eine neue Erzählung. Jene vom „Besten aus beiden Welten“. Jeder sollte seine eigene politische Spielweise bekommen. (Die Grünen vereinfacht gesagt die Klima-, die ÖVP die Migrationspolitik.) Zwischenrufe des jeweils anderen wurden eingepreist. Seit Jahresbeginn sind sie aber heftiger als einkalkuliert ausgefallen.

Kein Streit in der Koalition?
Der Streit ist auf die offene Bühne zurückgekehrt. Die ÖVP wurde in Abschiebungsfragen, wie Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) unlängst sagte, „ohne Herz und Hirn agieren“. Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer attestierte der ÖVP nach Kritik an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) „ein gestörtes Verhältnis zur unabhängigen Justiz“.

Auch die ÖVP attackiert den Koalitionspartner – insbesondere Gesundheitsminister Rudolf Anschober. Als der krankheitsbedingt im Spital lag, brach Kurz einen

Streit um die Bestellung von Impfstoffen vom Zaun. Seine Partei forderte den Austausch des obersten Beamten im Ressort und prangerte einen EU-internen Impfbasar an.

Nach den Debatten um Moria, die Justiz, die Impfungen und die Causa Ibiza und Casinos wurden am Sonntag dann auch noch die Chatprotokolle von ÖVP-Chef Thomas Schmid durch die „Presse“ publik. Sie zeigten durchaus brisante Unterhaltungen, unter anderem auch mit Kanzler Kurz und Finanzminister Gernot Blümel. Die Grünen forderten Schmidts Rücktritt. Die ersten ÖVP-Abgeordneten kritisierten im Gegenzug grüne Postenbesetzungen, sprachen von „Doppelmoral“ und fragten: „Wollt ihr uns pflanzen?“

Keine Packelei?

Auf 186 Seiten hielten die Ermittler in ihrer Auswertung fest, dass es hinter den Kulissen wohl doch die eine oder andere Packelei gab. Dort sind eben Nachrichten von Thomas Schmid, früher Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium, später alleiniger Vorstand der Staatsholding Öbag zusammengefasst. Im Finanzministerium war Schmid für die juristische Reform von der Öbag zuständig, schon im Jahr 2017 liebäugelte er mit einem Wechsel. Später wurden die Ausschreibungskriterien für den Vorstandsposten auf seinen Wunsch hin angepasst („Ich bin aber nicht international erfahren“). Er war maßgeblich daran beteiligt, geeignete und „steuerbare“ Personen für den Aufsichtsrat zu suchen. Im März 2019 wurde Schmid zum Aufsichtsrat zum Chef gewählt.

Aber schon davor spricht Schmid mit Kurz darüber („bitte mach mich nicht zu einem Vorstand ohne Mandate“). Und Kurz' Kabinettschef hatte schon besprochen, wer Schmid im Finanzministerium nachfolgen könnte. Diese Nachrichten aus den vergangenen

Jahren werfen wohl keine juristischen, sondern eher Stillfragen auf. Hier skizziert ein hochrangiger Mitarbeiter mehr als ein Jahr vor seiner Bewerbung mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit, wie er sich seinen neuen Posten zimmern könnte.

Kurz selbst wehrte sich zuletzt im Bundesrat noch gegen den Vorwurf des Postenschachers. Im Untersuchungsausschuss musste er bei seiner Befragung im Sommer aber zugeben: „Diese Personalentscheidungen müssen getroffen werden und ich würde schon grundsätzlich darum ersuchen, dass man diese Notwendigkeit nicht generell in ein schiefes Licht rückt.“ Nachsatz: „Das System hat sicher seine Schwächen, ich glaube, wir kennen aber alle kein besseres.“

Neuer Umgang?

Herauszulesen ist auch, wie Kurz mit Kritikern umgehen kann: Gar nicht so zimperlich. Im März 2019 schreibt Schmid an Kurz: „Heute ist die Kirche bei uns.“ Gemeint ist Peter Schipka, Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz. „Im Rahmen eines Steuerprivilegien-Checks“ soll die Kirche „massiv hinterfragt werden“. Kurz antwortet Schmid: „Ja super. Bitte Vollgas geben!“

Im Nachhinein berichtet Schmid von dem Gespräch: Schipka „war zunächst rot, dann blass, dann zittig“. Warum? „Steuerprivilegien müssen gestrichen werden. Förderungen gekürzt.“ Und: „Bei Kultus und Denkmalpflege wesentliche Beiträge, Heimopfergesetz werden wir deckeln.“

Das Erstaunliche daran ist nicht nur, wie Vertreter der christlich-sozialen Volkspartei über die katholische Kirche sprechen. Sondern auch, dass eine Reform der

Steuern in diesem Bereich nie öffentlich in ein Programm geschrieben wurde. Die Kirche vermutete, dass es die Antwort auf Kritik an der türkischen Asylpolitik war. Caritas-Präsident Michael Landau forderte auf „Ö1“ eine Entschuldigung von Kurz. Seines Wissens nach habe Kurz sich bereits bei Schipka entschuldigt. „Ich finde es aber auch eine Frage des guten Stils, eine solche Entschuldigung öffentlich bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes anzubringen, wenn es um die Besetzung von öffentlichen Ämtern und in diesem Zusammenhang die öffentlich gewordenen SMS geht.“

Teil des neuen Stils sollte auch eine neue Transparenz sein. Die ÖVP wollte eine „Benchmark“ im Umgang mit Wahlkampfkosten setzen. So wurde es 2017 versprochen. Im damaligen Wahlkampf hat man die Kostengrenze massiv überschritten. Im Wahlkampf 2019 berichtete der „Falter“, dass diese Überschreitung schon im Budget stand, während die ÖVP öffentlich noch die Einhaltung zusagte, und 2019 eine neuerliche Überziehung geplant gewesen sei. Die ÖVP klagte auf Unterlassung.

Anfang dieser Woche kam das Urteil des Handelsgerichts Wien. Der „Falter“ darf weiterhin schreiben, dass „die ÖVP bewusst plane“, die gesetzliche Wahlwerbungsausgabenbeschränkung zu überschreiten und „bewusst die Öffentlichkeit über ihre Wahlkampfausgaben täuscht“. Die Behauptung, dass die ÖVP die Überschreitung vor dem Rechnungshof verbergen will, muss die Zeitung allerdings unterlassen und widerrufen.

Trotz alledem wird es nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die ÖVP von einem neuen Stil gesprochen hat.

„www.wienerzeitung.at“, 02.04.2021

Novomatic meldet 263 Millionen Euro Verlust 2020

- Der Umsatz des niederösterreichischen Glücksspielkonzerns brach aufgrund von Einschränkungen durch die Corona-Pandemie um ein Drittel ein.



Dunkle Wolken über der Novomatic-Zentrale in Niederösterreich.
© APA / ROBERT JAEGER

Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Milliarden Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Millionen Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen.

Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien (-199,3 Millionen Euro) und Deutschland (-174,4 Millionen Euro) zurück, gefolgt von Osteuropa (-142,4 Millionen Euro), Österreich (-112,2 Millionen Euro), übrige Märkte (-97,8 Millionen Euro), Großbritannien (-89,1 Millionen Euro) und Spanien (-67,4 Millionen Euro) sowie Niederlande (-39,5 Millionen Euro). Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Millionen Euro).

„www.diepresse.com“, 02.04.2021

Novomatic meldet für 2020 Verlust von 263 Millionen Euro

Der Umsatz von Novomatic brach um Drittel ein. Grund ist, dass die Corona-Pandemie den Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten lahmlegte.

Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Mio. Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen.

Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien (-199,3 Mio. Euro) und Deutschland (-174,4 Mio. Euro) zurück, gefolgt von Osteuropa (-142,4 Mio. Euro), Österreich (-112,2 Mio. Euro), übrige Märkte (-97,8 Mio. Euro), Großbritannien (-89,1 Mio. Euro) und Spanien (-67,4 Mio. Euro) sowie Niederlande (-39,5 Mio. Euro). Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Mio. Euro).

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. Der Personalaufwand betrug 606,9 Mio. Euro im Jahr 2020, gegenüber 772,8 Mio. Euro ein Jahr davor. Der Rückgang sei im Wesentlichen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Große Einsparungen machte das Unternehmen auch im Marketing, wo die Aufwendungen von 120 Mio. Euro im Jahr 2019 auf 77 Mio. Euro im Corona-Jahr 2020 reduziert wurden.

Keine Dividende

In der Novomatic-Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigte 2020 im Schnitt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich. Im Jahr 2019 hatte das Unternehmen über 22.300 Mitarbeiter. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Mio. Euro.

Wie Ende 2020 ist auch der Beginn von 2021 von Lockdowns und restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in zahlreichen Kernregionen der Novomatic geprägt. "Insgesamt bleibt das Geschäftsumfeld für den Novomatic AG-Konzern sehr dynamisch", heißt es im Jahresfinanzbericht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erwartet das Unternehmen, dass die Umsatz- und Ergebnisausfälle 2020 im Geschäftsjahr 2021 aber "zum Teil aufgeholt werden können".

Der heimische Glücksspielkonzern steht immer wieder im Fokus des politischen Interesses, wie im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wo unter anderem Zahlungen der Novomatic an die Politik durchleuchtet werden. Der Konzern bestreitet, dass diese Zuwendungen einen illegalen Hintergrund haben.

„www.derstandard.at“, 02.04.2021

Corona lässt Novomatic-Umsatz um ein Drittel einbrechen

Der niederösterreichische Glücksspielkonzern meldet einen Verlust von mehr als 260 Millionen Euro



Im Casino heißt es, beim Spielen müssen viele verlieren, damit wenige gewinnen können. So ähnlich läuft es in der Welt gerade auch.

Gumpoldskirchen – Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Millionen Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen. Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien und Deutschland zurück, gefolgt von Osteuropa, Österreich, übrige Märkte, Großbritannien und Spanien sowie den Niederlanden. Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Millionen Euro).

"Finanziell gut aufgestellt"

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. Bei Personal und Marketing gingen die Aufwendungen pandemiebedingt zurück.

In der Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigte 2020 im Schnitt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich. Im Jahr 2019 hatte das Unternehmen über 22.300 Mitarbeiter. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Millionen Euro.

Maßnahmen prägen Geschäft

Wie Ende 2020 ist auch der Beginn von 2021 von Lockdowns und restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in zahlreichen Kernregionen der Novomatic geprägt. "Insgesamt bleibt das Geschäftsumfeld für den Novomatic AG-Konzern sehr dynamisch", heißt es im Jahresfinanzbericht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erwartet das Unternehmen, dass die Umsatz- und Ergebnisausfälle 2020 im Geschäftsjahr 2021 aber "zum Teil aufgeholt werden können".

Der heimische Glücksspielkonzern steht immer wieder im Fokus des politischen Interesses, wie im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wo unter anderem Zahlungen der Novomatic an die Politik durchleuchtet werden. Der Konzern bestreitet, dass diese Zuwendungen einen illegalen Hintergrund haben. (APA, 2.4.2021)

„www.sn.at“, 02.04.2021

Novomatic meldet für 2020 Verlust von 263 Mio. Euro

Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Mio. Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen.



Novomatic schüttet für 2020 keine Dividende aus

Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien (-199,3 Mio. Euro) und Deutschland (-174,4 Mio. Euro) zurück, gefolgt von Osteuropa (-142,4 Mio. Euro), Österreich (-112,2 Mio. Euro), übrige Märkte (-97,8 Mio. Euro), Großbritannien (-89,1 Mio. Euro) und Spanien (-67,4 Mio. Euro) sowie Niederlande (-39,5 Mio. Euro). Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Mio. Euro).

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. Der Personalaufwand betrug 606,9 Mio. Euro im Jahr 2020, gegenüber 772,8 Mio. Euro ein Jahr davor. Der Rückgang sei im Wesentlichen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Große Einsparungen machte das Unternehmen auch im Marketing, wo die Aufwendungen von 120 Mio. Euro im Jahr 2019 auf 77 Mio. Euro im Corona-Jahr 2020 reduziert wurden.

In der Novomatic-Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigte 2020 im Schnitt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich. Im Jahr 2019 hatte das Unternehmen über 22.300 Mitarbeiter. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Mio. Euro.

Wie Ende 2020 ist auch der Beginn von 2021 von Lockdowns und restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in zahlreichen Kernregionen der Novomatic geprägt. "Insgesamt bleibt das Geschäftsumfeld für den Novomatic AG-Konzern sehr dynamisch", heißt es im Jahresfinanzbericht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erwartet das Unternehmen, dass die Umsatz- und Ergebnisausfälle 2020 im Geschäftsjahr 2021 aber "zum Teil aufgeholt werden können".

Der heimische Glücksspielkonzern steht immer wieder im Fokus des politischen Interesses, wie im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wo unter anderem Zahlungen der Novomatic an die Politik durchleuchtet werden. Der Konzern bestreitet, dass diese Zuwendungen einen illegalen Hintergrund haben.

„www.noen.at“, 02.04.2021

CORONAKRISE

Novomatic meldet für 2020 Verlust von 263 Mio. Euro

Utl.: Umsatzeinbruch um ein Drittel - Corona-Pandemie legte Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten lahm

Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Mio. Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen.

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. In der Novomatic-Hauptversammlung wurde beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich.

„APA“, 02.04.2021

Coronakrise - Novomatic meldet für 2020 Verlust von 263 Mio. Euro

Utl.: Umsatzeinbruch um ein Drittel - Corona-Pandemie legte Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten lahm - Mitarbeiterzahl weltweit von 22.300 auf 21.000 gesunken

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Corona-Krise hat den niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic hart getroffen. Der Umsatz brach 2020 um ein Drittel auf 1,74 Mrd. Euro ein. Unter dem Strich steht ein Verlust von 262,8 Mio. Euro, geht aus dem am Freitagabend veröffentlichten Jahresfinanzbericht hervor. Der Umsatzeinbruch resultiert aus fast allen Märkten und ist auf die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Betrieb von Spielbanken, Casinos, Spielhallen und Wettstandorten zurückzuführen.

Besonders stark ging der Umsatz der Novomatic in Italien (-199,3 Mio. Euro) und Deutschland (-174,4 Mio. Euro) zurück, gefolgt von Osteuropa (-142,4 Mio. Euro), Österreich (-112,2 Mio. Euro), übrige Märkte (-97,8 Mio. Euro), Großbritannien (-89,1 Mio. Euro) und Spanien (-67,4 Mio. Euro) sowie Niederlande (-39,5 Mio. Euro). Beim Online-Geschäfte verzeichnete das Unternehmen hingegen eine deutliche Umsatzsteigerung (+58,3 Mio. Euro).

Das Glücksspielunternehmen sieht sich aber finanziell gut aufgestellt: "Trotz dieses schwierigen Umfelds ist es Novomatic gelungen, die Nettoverschuldung 2020 um 10,2 Prozent zu reduzieren und die Eigenkapitalquote liegt mit 27,7 Prozent leicht unter Vorjahresniveau", hieß es von dem Konzern. Der Personalaufwand betrug 606,9 Mio. Euro im Jahr 2020, gegenüber 772,8 Mio. Euro ein Jahr davor. Der Rückgang sei im Wesentlichen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Große Einsparungen machte das Unternehmen auch im Marketing, wo die Aufwendungen von 120 Mio. Euro im Jahr 2019 auf 77 Mio. Euro im Corona-Jahr 2020 reduziert wurden.

In der Novomatic-Hauptversammlung wurde außerdem beschlossen, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2020 auszuschütten. Der Glücksspielkonzern betreibt Standorte in rund 50 Ländern und beschäftigte 2020 im Schnitt weltweit rund 21.000 Mitarbeiter, davon 3.000 in Österreich. Im Jahr 2019 hatte das Unternehmen über 22.300 Mitarbeiter. 2019 machte der Konzern noch einen Gewinn von über 97 Mio. Euro.

Wie Ende 2020 ist auch der Beginn von 2021 von Lockdowns und restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in zahlreichen Kernregionen der Novomatic geprägt. "Insgesamt bleibt das Geschäftsumfeld für den Novomatic AG-Konzern sehr dynamisch", heißt es im Jahresfinanzbericht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erwartet das Unternehmen, dass die Umsatz- und Ergebnisausfälle 2020 im Geschäftsjahr 2021 aber "zum Teil aufgeholt werden können".

Der heimische Glücksspielkonzern steht immer wieder im Fokus des politischen Interesses, wie im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wo unter anderem Zahlungen der Novomatic an die Politik durchleuchtet werden. Der Konzern bestreitet, dass diese Zuwendungen einen illegalen Hintergrund haben.

„www.noen.at“, 02.04.2021

Pilnacek sah in Causa Blümel "Putsch"

Auf dem sichergestellten Handy des mittlerweile suspendierten Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek sind offenbar Fotos eines Informationsberichts der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) an die Oberstaatsanwaltschaft Wien über die bevorstehende Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) gefunden worden. Das geht aus einem dem Ö1-"Mittagsjournal" vorliegenden E-Mailverkehr zwischen der WKStA und der Staatsanwaltschaft Innsbruck hervor.

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt wegen des Verdachts des Amtsgeheimnisverrats. In der Korrespondenz mit der WKStA fragt sie wegen Fotos von Dokumenten auf Pilnaceks Handy an, ob diese Verschlusssache seien. Eines davon soll der Informationsbericht der WKStA über die Hausdurchsuchung bei Blümel sein. Diese Information unterliege der WKStA zufolge der Verschlusssachenverordnung und hätte nicht an Pilnacek weiter gegeben werden dürfen, weil der seit Monaten nicht mehr für die Fachaufsicht der Staatsanwaltschaften zuständig sei, hieß es.

Wie und wann das Dokument bei Pilnacek gelandet sei, geht laut Ö1 nicht aus dem E-Mailverkehr hervor. Auch nicht, was Pilnacek damit gemacht habe. Pilnaces Anwälte haben zuletzt jeden Vorwurf eines pflichtwidrigen Verhaltens zurückgewiesen.

Ursprünglich ging es bei den Ermittlungen der StA Innsbruck um den Verdacht, im Juni 2019 könnte über Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter - der diesen Vorwurf zurückwies - eine Hausdurchsuchung beim Investor Michael Tojner verraten worden sein. Dabei wurde das Handy von Pilnacek sichergestellt.

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, gegen den die Staatsanwaltschaft Innsbruck ebenfalls wegen des Verdachts der Verletzung des Amtsgeheimnisses ermittelt, hatte bei seiner Befragung im Ibiza-Untersuchungsausschuss nicht ausschließen können, Aktenteile an Pilnacek übermittelt zu haben. Auch gegen Fuchs, für den ebenfalls die Unschuldsvermutung gilt, hat das Justizministerium disziplinarrechtliche Schritte gesetzt.

Gestern war bereits ein Chat zwischen Pilnacek und Blümels Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Finanzminister bekannt geworden. Dabei schrieb Pilnacek als Reaktion auf die Sicherstellungsanordnung, mit der die Ermittler Ende Februar das Finanzministerium besucht hatten: "Das ist ein Putsch!!" Zudem regte der Spitzenjurist eine Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung an und fragte, wer Blümel denn auf die Einvernahme vorbereite.

Wie der "Kurier" am Freitag online berichtete, soll Niedrist mittlerweile als Beschuldigter geführt werden. Es stehe ebenfalls der Verdacht der Verletzung des Amtsgeheimnisses im Raum. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck, bei der die Ermittlungen gegen Pilnacek und Fuchs in dieser Causa angesiedelt sind, gab dazu am Freitag auf APA-Anfrage keine Auskunft. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Für die NEOS ist "Feuer am Dach", wenn sowohl der Finanzminister als auch dessen Kabinettschef als Beschuldigte geführt werden. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) müsse Blümel aus der Regierung entlassen, so Stephanie Krisper, pinke Fraktionsführerin im Ibiza-U-Ausschuss: "Was muss denn noch passieren, damit der Kanzler Leadership zeigt und klare Worte findet?"

SPÖ-Justizsprecherin Selma Yildirim hält die Aufrechterhaltung der Suspendierung Pilnaceks für "unumgänglich". Zudem müsse jede Verbindung zwischen den Ermittlungsbehörden und Pilnacek gekappt werden, "zum Schutz einer unabhängigen Justiz", so Yildirim. Die Chats mit Niedrist seien nicht das erste Mal, "dass Pilnacek mit einem Spezialeinsatz für ÖVP-Größen in Erscheinung tritt", so Yildirim, die auf Treffen mit Josef Pröll und Walter Rothensteiner als prominente Beschuldigte des CASAG-Verfahrens verwies, als Pilnacek noch Fachaufsicht für die Staatsanwaltschaften war.

Aus dem Justizministerium hieß es am Freitag, dass die Frist zur Erhebung eines Rechtsmittels gegen den Bescheid der Bundesdisziplinarbehörde, der die Suspendierung Pilnaceks aufhob, noch laufe. Das weitere Vorgehen wird bis nächste Woche vom Justizministerium geprüft.

Über ein weiteres Detail der Handy-Auswertung berichtet die Tageszeitung "Österreich" laut Voraussage am Samstag: Demnach war Pilnacek in den vier Tagen vor der Beschlagnahme seines Handys recht intensiv mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) in Kontakt. Sobotka - er ist auch Vorsitzender des Ibiza-U-Ausschusses - scheine in dieser Zeit 16 Mal in Pilnaceks "Signal"-Account auf, einmal auch spätabends. Sobotka gab sich laut "Österreich" zugeknöpft: Die Gespräche seien vertraulich, er tausche sich regelmäßig mit Spitzenbeamten aus.

Wie ein Dominoeffekt zur Casinos-Causa führte

Justiz. Nach einer SMS eines Ex-Justizministers kamen Ermittler auf die Spur von Sektionschef Pilnacek – und gestern hat auch der U-Ausschuss erste Teile von dessen Handy-Auswertung bekommen

VON RAFFAELA LINDORFER

„Wenn die heute kommen: ganz ruhig bleiben...“

Wird hier etwa ein Verdächtiger vor einer Razzia gewarnt? Für die Staatsanwaltschaft Innsbruck war dieses SMS am Handy von Investor Michael Tojner von Juni 2019 Anlass für Ermittlungen gegen Absender Wolfgang Brandstetter, Ex-Justizminister und Verfassungsrichter.

Das löste einen Dominoeffekt aus, der dazu führte, dass der Ibiza-U-Ausschuss nun Zugang zum Handy von Sektionschef Christian Pilnacek bekam. Am Donnerstag hat das Justizministerium nach einem Antrag der Neos und der SPÖ eine Auswertung an alle Fraktionen geschickt.

Von Tojner zu Pilnacek...

Gegen Tojner wird in zwei ganz anderen Verfahren ermittelt, auf seinem sichergestellten Handy fand man dann besagtes SMS von Brandstetter, der ihn strafrechtlich berät. Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass Brandstetter die Info über die anstehende Razzia von Pilnacek hatte, weil Pilnacek in den Chats mehrmals genannt wird. Deshalb wurden Ende Februar Brandstetters Handy und sein Laptop sowie zwei Handys von Pilnacek sichergestellt. Der Vorwurf: Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Beide bestreiten die Vorwürfe und lieferten der Staatsanwaltschaft schriftliche Erklärungen zu den inkriminierten Chats ab. Brandstetter sagt, Tojner habe schon Tage vorher durch eine Medienanfrage erfahren, dass es eine Razzia geben soll. Dass er Tojner just an jenem Tag schrieb, er solle „ganz ruhig bleiben“, als die Razzia tatsächlich stattfand, sei ein Zufall gewesen. Und Pilnacek sagt, er sei selbst erst über die Razzia informiert worden, als sie bereits gelaufen war.

Diese Causa wurde zum Nebenschauplatz, denn auf Pilnaceks Handy fand sich noch Interessanteres (siehe da-



Dieses SMS von Brandstetter am Handy von Investor Tojner löste einen Dominoeffekt aus: Sie führte die Justiz zu Pilnacek und später zu Fuchs

zu auch Artikel rechts) – unter anderem Korrespondenz mit Johann Fuchs, dem Chef der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien. Die beiden sollen sich über geheime Verschlussakten ausgetauscht haben, dabei ist Pilnacek seit einer Sektionsteilung 2020 nicht mehr für Strafverfahren zuständig.

Auch Fuchs wird nun die Verletzung des Amtsgeheimnisses vorgeworfen. Und auch sein Handy wurde beschlagnahmt und liegt zur Auswertung bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck.

Von Tojner ging der Dominoeffekt also zu Ex-Justizminister Brandstetter, zu Sektionschef Pilnacek und zu OStA-Chef Fuchs – drei Grö-

ßen der heimischen Justiz.

Neos und SPÖ haben nun die Gelegenheit beim Schopf gepackt: Wenn die Handy-Daten schon vorliegen, dann könnte der U-Ausschuss doch auch davon profitieren. Die Staatsanwaltschaft prüft die strafrechtliche Relevanz, der U-Ausschuss die politische.

...von Pilnacek zu Blümel?

Die Oppositionsfractionen glauben, dass der Info-Fluss von Fuchs über Pilnacek zur ÖVP lief. So konnte Fuchs im U-Ausschuss zuletzt nicht ausschließen, dass er sich mit Pilnacek über das Verfahren gegen ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel austauschte. Die Auswertung des Pilnacek-



Am Handy von Investor Tojner fand man eine SMS ...



... von Ex-Justizminister Brandstetter zu einer Razzia.



Bei Justiz-Sektionschef Pilnacek wurden dann Chats ...



... mit Oberstaatsanwaltschafts-Chef Fuchs gefunden

Handys, die jetzt vorliegt, bezieht sich auf den Zeitraum rund um die Hausdurchsuchung bei Blümel im Februar.

Im U-Ausschuss seien immer wieder Hinweise auf ein „türkisches System Pilnacek“ aufgetaucht, sagt Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper. „Durch die Auswertung werden wir dem Thema der politischen Einflussnahme auf die Ermittlungen wohl erfolgreich nachgehen können.“ Spannend wäre für sie auch Korrespondenz aus Pilnaceks Zeit als Justiz-Generalsekretär in der türkisch-blauen Ära von 2018 bis 2019. Dann könnten noch weitere Dominosteine fallen.

Die nächste U-Ausschuss-Sitzung ist am 7. April.

Pilnacek-Chat: „Das ist ein Putsch“

Erste brisante Chatverläufe des Justiz-Sektionschefs Pilnacek

Kollision. Aus den Chatprotokollen lässt sich bald ein innenpolitischer Krimi schreiben. Nach den Schmid-Chats geht es nun munter mit der Auswertung der ersten Pilnacek-Chats weiter. Auf seinem Smartphone kollidieren gleich zwei Causen – nämlich die Causa Blümel und die Causa Brandstetter (siehe Artikel links).

Zur Erinnerung: Mitte Februar hatte die WKStA eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel zu Hause durchgeführt. Es ging dabei um die Causa Novomatic: Haben öffentliche Stellen für den Glücksspielkonzern in Italien interveniert, um eine drohende Steuernachzahlung von 30 Millionen abzuwenden?

Ungefähr eine Woche später, am 24. Februar, waren die Ermittler im Finanzministerium zu Besuch. Auch da ging es um die Italienmalaise der Novomatic. Der Kabinettschef von Finanzminister Blümel, Clemens Wolfgang Niedrist, schickte die Sicherstellungsanordnung der WKStA mit dem Handy an Pilnacek.

Um 21.46 Uhr antwortete Pilnacek auf die Nachricht von Niedrist sehr emotional: „Das ist ein Putsch! Lauter Mutmaßungen, es muss Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung eingelegt werden. Wer vorbereitet (sic!) Gernot auf seine Vernehmung (Anmerkung: vor der WKStA)?“.

Tags darauf, am 25. Februar gegen 9 Uhr morgens wurde dann auch das Handy von Pilnacek sicher gestellt. Der emotionale Chat zwischen Niedrist und Pilnacek war auch Teil der Disziplinaranzeige gegen den Sektionschef, die in der Vorwoche von einem Senat aufgehoben wurde. Diese Aufhebung ist noch nicht rechtskräftig.

Meinungsfreiheit

Ausgerechnet ein Justiz-Sektionschef, der eine Sicherstellung der WKStA als „Putsch“ bezeichnet und auch als Ratgeber für den Kabinettschef fungiert, wie man gegen die eigene Staatsanwaltschaft vorgehen kann. Müsste hier nicht die Suspendierung verlängert werden?

Der KURIER sprach mit dem Disziplinarrechtsexperten Martin Riedl. Er erklärt: „Sektionschefs haben das Recht auf eine Privatmeinung. Diese darf auch sehr hart formuliert sein.“ Wenn das Interesse des Amtes nicht gefährdet ist, sei „keine Suspendierung gerechtfertigt“, so Riedl. Da Pilnacek nicht mehr für die Aufsicht der Staatsanwaltschaft zuständig ist, fällt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft nicht mehr in seinen Aufgabenbereich. Und das Finanzministerium sagt, es holte sich einen juristischen Rat. Das Justizministerium prüft nun, ob es beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde einbringt.

M. GEBHART

Handy ist das „zweite Gedächtnis“: Was davon darf in den Strafakt?

Zwei OGH-Urteile beschäftigen sich mit der Tatsache, dass durch Handyauswertungen Grundrechte verletzt werden

Auswertung. Für Korruptionenjäger, für Journalisten, für die Opposition und auch für Kabarettisten ist das Smartphone scheinbar eine unendliche Quelle. Denn in die Akten wandern Unmengen an Daten – nicht nur strafrechtlich relevante, sondern vermehrt auch persönliche, manchmal sogar intime.

So erfährt man von der millionenhohen Gehaltsvorstellung von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, die er ins Handy tippte, weil er dort Jahr für Jahr seine persönlichen Ziele definierte.

Es finden sich emotionale Nachrichten, durch die man erfährt, dass ÖBAG-Chef Thomas Schmid ein fast anheimelndes Verhältnis zum Bundeskanzler („Ich liebe



Ex-OGH-Präsident Eckart Ratz sieht die Auswertung kritisch

meinen Kanzler“) hat, oder wie Schmid über die Arbeitsmoral des damaligen Finanzministers Hartwig Löger denkt – sein Urteil war nicht schmeichelhaft.

Nachrichten, die für den Chatpartner, aber nie für die Öffentlichkeit gedacht waren. Peinlich für beide – für den Verfasser, aber auch für die Person, über die, ohne ihr Wissen, gelästert wird.

Was in die Akten wandern darf und was nicht, dazu gibt es eigentlich schon zwei Urteile des Obersten Gerichtshofs (OGH). Der ehemalige OGH-Präsident Eckart Ratz hat dazu einen Artikel in der „Österreichischen Juristenzeitung“ geschrieben.

Er interpretiert das Urteil so, dass nicht alles, was am Handy gefunden wird, ungefiltert in den Akt wandern darf. Denn die Persönlichkeitsrechte seien zu wahren. So schreibt er: „In einem Strafverfahren geht es stets nur um Kriminalstrafrecht, nicht um sonstiges Verhalten, und bei der Aufklärung von Straftaten darf der Staat nur in dem Umfang in die Rechte von Personen eingreifen, als dies auch ausdrücklich vor-

gesehen und zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.“ Ratz meint, dass die Staatsanwaltschaften schon bei der Anordnung zur Sicherstellung sehr genau ausführen sollten, was und welcher Zeitraum ermittlungsrelevant ist.

Neue Normen

Auch die Strafrechtsexpertin Ingeborg Zerbes sagt, dass die Sicherstellung des Handys immer mehr Fragen aufwirft. „Das Handy ist quasi zu unserem zweiten Gedächtnis geworden. Die Sicherstellungsnormen in der Strafprozessordnung gehen auf die 1970er Jahre zurück. Hier müssten die Normen nachgeschärft werden“, so Zerbes. Eine Reform oder eine Novellierung der Straf-

prozessordnung wäre angebracht. Dazu kommt: Selten noch war ein Strafakt politisch so relevant wie jene rund um Novomatic, Casinos und Thomas Schmid.

Allerdings sieht es Zerbes problematisch, wenn gefiltert werden würde, was in den Akt wandert. Denn Chats können auch Stimmungen wiedergeben. Und wenn zwei Politiker, die möglicherweise auch befreundet sind, über Posten im Staat kommunizieren, dann ist das keine „ganz private Unterhaltung mehr“.

Wichtiger wäre für Zerbes die Maßnahme, dass der Akt nicht in jede Detail der Öffentlichkeit kommt. Hier sieht die Expertin das eigentliche Problem.

IDA METZGER

„Standard“, 02.04.2021

Pilnacek sah Causa Blümel als „Putsch“

Der suspendierte Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek gab dem Umfeld des Finanzministers Tipps, wie man gegen die WKStA vorgehen soll. Er fragte auch, wer Blümel auf die Einvernahme bei der Justiz „vorbereite“.

Fabian Schmid, Renate Graber

Eine erste Auswertung des Smartphones von Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek zeigt, dass dieser rund um die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) mit dessen engstem politischen Umfeld kommuniziert hat. Blümel war Mitte Februar aufgrund eines SMS-Verkehrs mit dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann zum Beschuldigten in der Causa Casinos geworden. Neumann schrieb Blümel im Juli 2017, er brauche einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz wegen „erstens Spende, zweitens eines Problems das wir in Italien haben“. Für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ergab diese Nachricht den Verdacht auf Bestechung, sie durchsuchte deshalb am 11. Februar 2021 Blümels Wohnung – es gilt die Unschuldsvermutung.

„Lauter Mutmaßungen“

Rund zwei Wochen später, am 24. Februar, schauten die Ermittler dann mit einer Sicherstellungsanordnung im Finanzministerium vorbei. Daraufhin meldete sich Blümels rechte Hand, sein Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist, auf dem verschlüsselten Messengerdienst Signal bei Pilnacek und schickte ihm die Sicherstellungsanordnung. Wie Recherchen von STANDARD, Profil und ORF zeigen, reagierte Pilnacek am späten Abend, und zwar um 21.46 Uhr: „Das ist ein Putsch! Lauter Mutmaßungen, es muss Beschwerde gegen HD eingelegt werden.“ Außerdem fragte der Justiz-Sektionschef: „Wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“ Diese fand zwei Tage später, am 26. Februar, statt.

Ein Spitzenbeamter im Justizministerium bezeichnete die unabhängigen Ermittlungen der WKStA also als „Putsch“ und gab Vorschläge, wie man sich gegen die Maßnahmen seiner Kollegen wehren könnte.

Bekannt wurde das nur, weil Pilnaceks Smartphone in einer anderen Sache sichergestellt wurde: Er wird verdächtigt, eine Hausdurchsuchung beim Milliardär Michael Tojner vorab an dessen Rechtsberater, den Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter, verraten zu haben, auch hier gilt die Unschuldsvermutung. Deshalb gelangte Pilnaceks Diensthandy am 15. März 2021 in die Hände der Ermittler. Einen Tag später wurde der seit Sommer 2020 für Legistik zuständige Sektionschef vorläufig suspendiert.

Ein von der Ministeriumsspitze unabhängiger Disziplinarsenat entschied vergangene Woche, dass es keine Gründe für eine Suspendierung gibt – dagegen kann das Justizministerium beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde einlegen. Auch die erwähnten Chats zwischen Pilnacek und Finanzkabinettschef Niedrist waren bei der Disziplinarkommission Thema, ebenso bei einer Sitzung im Kabinett von Justizministerin Alma Zadic (Grüne). Offenbar sah der Disziplinarsenat der Bundesdisziplinärbehörde in den Chats aber keine dienstrechtliche Verfehlung. „Derzeit wird im Justizministerium das weitere Vor-



Brisante Chats mit Blümels Kabinettschef bringen Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek in Bedrängnis.

Foto: AFP/Pro

Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist beantwortete eine Anfrage von STANDARD, Profil und ORF nicht. Pilnaceks Anwalt Rüdiger Schender ersuchte „um Verständnis, dass Sektionschef Christian Pilnacek unter den derzeitigen Bedingungen gegenüber Medien keine Stellungnahme abgibt; jedoch den in den Raum gestellten Vorwurf von Pflichtwidrigkeiten zurückweist“. Er verwies auch darauf, „dass eine Veröffentlichung privater Kommunikation schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen“ verletze.

Warnungen der WKStA

Die WKStA hatte schon vor mehr als einem Jahr vor einer Befangenhaltung von Pilnacek im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen zahlreiche ÖVP-nahe Politiker, Manager und Spitzenbeamte in der Causa Casinos gewarnt. Pilnacek war von 2010 bis zum Herbst 2020 als Sektionschef auch für Strafsachen zuständig, er kontrollierte also die Arbeit der Staatsanwaltschaften und konnte Weisungen erteilen. Auch Niedrist hat eine Vergangenheit im Justizministerium, er war dort Kabinettschef für die beiden Justizminister Wolfgang Brandstetter und Josef Moser, die beide von der ÖVP nominiert worden waren.

Auf dem Smartphone des damaligen Finanz-Kabinettschefs Thomas Schmid entdeckten Ermittler beispielsweise eine Nachricht, in der Niedrist im Herbst 2017 an Schmid schrieb: „Lieber Thomas. Wegen der ‚Pierer-Sache‘ habe ich SC Pilnacek gesagt, er soll ein Auge drauf haben.“ Es ging dabei um Vorwürfe der SPÖ rund um das Steuerverhalten von ÖVP-Großspender Stefan Pierer. Auch Pilnacek kommunizierte immer wieder mit Thomas Schmid, mittlerweile Obag-Chef.

Ärger im Ministerium

Dass Pilnacek dann vorab von einer geplanten Hausdurchsuchung bei Schmid gewusst hatte, verschwieg er dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss – deshalb wird gegen Pilnacek wegen Falschaussage ermittelt. Für Ärger sorgte im Justizministerium auch, dass Pilnacek kurz nach Zadic' Amtsantritt die beiden Beschuldigten Walter Rothensteiner und Josef Pröll (einst ÖVP-Chef) empfing, um über die Ermittlungen gegen sie zu sprechen. Auch deshalb teilte Zadic später Pilnaceks Supersektion auf, für Strafsachen ist seit Herbst 2020 Barbara Göth-Flemmich zuständig.

Niedrist war mit dem Amtsantritt von Gernot Blümel ins Finanzministerium gewechselt. Er spielte auch bei Blümels Hausdurchsuchung eine denkwürdige Rolle. So hatte der Finanzminister seine Lebensgefährtin informiert, dass er bald mit Ermittlern kommen würde, um Geräte sicherstellen zu lassen. Diese ging daraufhin mit dem Baby und dem Laptop spazieren. Als die Ermittler das Gerät nicht fanden, bat Blümel seine Ehefrau, das MacBook zu reuornieren. Daraufhin holte Niedrist das Gerät bei einer Bushaltestelle ab und brachte es zurück in Blümels Wohnung.

Kommentar Seite 32

WISSEN

Mehrere Verfahren fließen zusammen

Das Smartphone von Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek wurde im Rahmen der Causa Tojner sichergestellt. Hier wird wegen Betruges gegen Tojner ermittelt; Pilnacek soll ihn angeblich vor einer Razzia gewarnt haben. Die Causa Blümel rund um ein etwaiges Novomatic-Spendenangebot an die ÖVP hat damit nichts zu tun. Finden Ermittler jedoch in einem Verfahren Hinweise auf andere Ermittlungen, werden diese übermittelt. Das sind beispielsweise sogenannte Zufallsfunde: Jene SMS, die Blümel in Bedrängnis brachten, stammen aus dem Handy des Novomatic-Chefs, das in der Causa Casinos beschlagnahmt wurde. (fsc)

Vertretern der Ermittlungsbehörden und der zuständigen Ressorts“ gegeben.

Warum wurde Pilnacek kontaktiert? Laut Finanzministerium gab es „rechtlichen Klärungsbedarf hinsichtlich des Lieferumfanges und des Datenschutzes von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“. Auch sei fraglich gewesen, ob die WKStA nicht das Instrument der Amtshilfe statt Sicherstellungen hätte nutzen müssen. Deshalb „war es wichtig, hier rasch Klarheit und Rechtssicherheit über die weitere Vorgehensweise zu bekommen“, sagte ein Ministeriumssprecher.

„Das entspricht auch dem zu Beginn der Ermittlungen erteilten Auftrag des Bundesministers an das Ressort, volle Kooperation und einen Beitrag zur raschen Aufklärung zu leisten.“ In der Folge wurde Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokuraturs, um Abstimmung mit der Justiz gebeten. Eine Kommunikation zwischen Finanzminister Blümel und Sektionschef Pilnacek existiere nicht.

gehen geprüft. Wir bitten um Verständnis, dass wir darüber hinaus keine Auskünfte zu laufenden Disziplinarverfahren geben können“, sagt ein Ministeriumssprecher. Hinter den Kulissen wird von beiden Seiten allerdings ein Einspruch erwartet.

Ein türkises Netzwerk?

Die Chatnachrichten zwischen Pilnacek und Niedrist werfen neue Fragen danach auf, welche Netzwerke zwischen ÖVP-nahen Spitzenbeamten existieren und wie diese in den vergangenen Jahren genutzt worden sind.

Aus dem Finanzministerium heißt es auf Anfrage zu den Chats: „Die Information über die Sicherstellungsanordnung wurde bereits am 23. Februar über den Rechtsvertreter des Ministers an das Ressort herangetragen, mit der Bitte um Nennung von Ansprechpartnern auf Beamtenebene – diese wurden den zuständigen Behörden unmittelbar genannt.“ Daraufhin habe es am 24. Februar „ein Treffen zwischen den

„Profil“, 01.04.2021

Fall Pilnacek: „Wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“

Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek spielt bei den Ermittlungen gegen Gernot Blümel eine schattige Rolle. Pilnacek empfahl dem Kabinettschef des Finanzministers, rechtlich gegen eine HD vorzugehen.

Einer der höchsten Beamten des österreichischen Justizministeriums als geheimer Berater eines beschuldigten Ministers in einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren: Das hat es in dieser Republik so wohl noch nicht oft gegeben, vermutlich nie. Der Beamte heißt Christian Pilnacek, Sektionschef im Justizministerium; der Beschuldigte Gernot Blümel, ÖVP-Finanzminister.

Am Abend des 24. Februar 2021, zwei Tage vor der Einvernahme Blümels durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), setzte Pilnacek eine Nachricht über den Messenger-Dienst Signal ab, deren Signalwirkung desaströser nicht sein könnte: *„Wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“* Empfänger der Frage war Blümels Kabinettschef, Clemens-Wolfgang Niedrist, einstmals unter anderem auch Kabinettschef von Justizminister Wolfgang Brandstetter.

Die Kommunikation zwischen Pilnacek und Niedrist entstammt Pilnaceks Handy, das derzeit von der Staatsanwaltschaft Innsbruck ausgewertet wird (in Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Sektionschef wegen Amtsmissbrauchs).

Nach gemeinsamen Recherchen von profil, der Tageszeitung „Der Standard“ und dem ORF war der kompromittierende Signal-Chat erst vor wenigen Tagen Thema einer Krisensitzung im Justizministerium. Dessen ungeachtet hob wenig später ein Disziplinarsenat die noch von Interims-Justizminister Werner Kogler verfügte vorläufige Suspendierung Pilnaceks auf.

Das Justizministerium (BMJ) wollte sich dazu auf Anfrage nicht äußern, offenbar ist die Aufhebung von Pilnaceks Suspendierung aber noch keine ausgemachte Sache: „Die Frist zur Erhebung eines Rechtsmittels läuft grundsätzlich vier Wochen ab Zustellung des Bescheides der Bundesdisziplinarbehörde. Derzeit wird im Justizministerium das weitere Vorgehen geprüft“, schreibt das BMJ auf Anfrage des Rechercheverbundes.

Was ist da passiert?

Wie bereits ausführlich berichtet, ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen Gernot Blümel in Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Parteispendenangebot des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann 2017. Novomatic hatte damals ein Problem mit der italienischen Finanz, Neumann wollte via Blümel an Sebastian Kurz herankommen.

In einer SMS-Nachricht vom 12. Juli 2017 schrieb Neumann an Blümel: *„Guten Morgen hätte eine Bitte bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problemes das wir in Italien haben!“*

Tatsache ist, dass Blümel daraufhin den Generalsekretär des Finanzministeriums Thomas Schmid mit dem Novomatic-Problem in Italien befasste. Die Betroffenen bestreiten jedwedes Fehlverhalten, es habe auch nie eine Parteispende gegeben.

„Das ist ein Putsch!!“

Am 11. Februar 2021 besuchte die WKStA zunächst Blümel daheim und stellte mit richterlicher Anordnung unter anderem sein Handy und einen Laptop sicher (der zuvor allerdings einen Spaziergang mit Blümels Lebensgefährtin gemacht hatte).

Am 24. Februar schaute das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung im Finanzministerium und im Bundesrechenzentrum vorbei und ließ auf Anordnung der Staatsanwaltschaft amtliche E-Mail-Korrespondenz auslesen, ehe Blümel schließlich am 26. Februar von der WKStA als Beschuldigter einvernommen wurde.

Die beiden letzten Daten sind für das Verständnis dieses Falles von zentraler Bedeutung.

Am Abend des 24. Februar, wenige Stunden nachdem die Staatsanwaltschaft im BMF vorbeigeschaut hatte, schickte Niedrist Pilnacek via Signal die „Sicherstellungsanordnung“, also das Dokument, das die Verdachtslage der WKStA zusammenfasst und die Herausgabe von Beweismitteln

verfügt. Pilnacek reagierte um 21.46 Uhr: „Das ist ein Putsch!! Lauter Mutmaßungen, es muss Beschwerde gegen HD eingelegt werden, wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“

Auf wessen Seite steht Pilnacek?

Eine Staatsanwaltschaft ließ Beweismittel sicherstellen, um vermutete Straftaten aufzuklären. Für den Sektionschef im Ministerium war das ein „Putsch“, der auf „Mutmaßungen“ aufbaute und Gegenmaßnahmen erzwang.

Das ist vorsichtig ausgedrückt unglaublich.

Tatsächlich steht es jedem Betroffenen frei, gegen eine HD oder Sicherstellungen Beschwerde oder Einspruch zu erheben (Blümel hat das übrigens nicht getan, Novomatic schon). Dass ausgerechnet einer der höchsten Beamten des Justizapparats die Beschuldigtenseite förmlich dazu auffordert, wirft allerdings schon eine Frage auf: Auf wessen Seite steht Christian Pilnacek? Bis vor einigen Monaten stand er als Leiter der (nunmehr geteilten) Strafrechtssektion jedenfalls an der Spitze der staatsanwaltschaftlichen Weisungskette. Und gleich noch eine Frage: Wer „vorbereitete“ Gernot auf die Einvernahme am 26. Februar?

Das sagen die Betroffenen

Blümels Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist wollte sich auf Anfrage nicht äußern. Für Pilnacek antwortete Rechtsanwalt Dieter Böhmendorfer: „Wir ersuchen um Verständnis, dass SC Mag. Christian Pilnacek unter den derzeitigen Bedingungen gegenüber Medien keine Stellungnahme abgibt; jedoch den in den Raum gestellten Vorwurf von Pflichtwidrigkeiten zurückweist. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass eine Veröffentlichung privater Kommunikation schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen (§1 Abs1 DSG; §63 DSG) unseren Mandanten verletzen würde.“

Ein Sprecher des Finanzministeriums übermittelte auf Anfrage folgende Stellungnahme: „Die Information über die Sicherstellungsanordnung wurde bereits am 23. Februar über den Rechtsvertreter des Ministers an das Ressort herangetragen, mit der Bitte um Nennung von Ansprechpartnern auf Beamtenebene. Diese wurden den zuständigen Behörden unmittelbar genannt. Am Vormittag des 24. Februar gab es ein Treffen zwischen den Vertretern der Ermittlungsbehörden und der zuständigen Ressorts (BMF + BMDW wegen BRZ). Im Zuge dieser Gespräche hat sich gezeigt, dass bei der Sicherstellungsanordnung der WKStA hinsichtlich des Lieferumfanges und des Datenschutzes von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rechtlicher Klärungsbedarf seitens des BMF festgestellt worden ist. Fraglich war auch, ob seitens der WKStA nicht das Instrument der Amtshilfe genutzt hätte werden müssen. In weiterer Folge war es wichtig, hier rasch Klarheit und Rechtssicherheit über die weitere Vorgehensweise zu bekommen. Das entspricht auch dem zu Beginn der Ermittlungen erteilten Auftrag des Bundesministers an das Ressort, volle Kooperation und einen Beitrag zur raschen Aufklärung zu leisten. Weitere Anordnungen, wie dieser Auftrag auf operativer Ebene umgesetzt wird, braucht und gibt es nicht. In weiterer Folge wurde Finanzprokurator-Präsident Peschorn seitens des BMF gebeten, die weitere Abstimmung mit der WKStA hinsichtlich der Datenlieferung zu koordinieren. Zwischen dem Bundesminister und SC Pilnacek gab es keine Kommunikation.“

Die Frage, ob Blümel abgesehen von seinem Anwalt noch von anderen Personen auf die Einvernahme vorbereitet wurde, ließ der Sprecher unbeantwortet.

„Ich kann mich nicht erinnern“

Das Protokoll zu Blümels Einvernahme liegt dem Rechercheverbund vor. Blümel legte unter anderem Wert auf die Feststellung, dass ihn das Spendenangebot von Neumann 2017 vollkommen kalt gelassen habe: *„Nachdem die Nachricht bei mir nichts ausgelöst hat und mir klar war, dass wir keine Spenden von Glücksspielunternehmen annehmen, war das für mich auch kein Thema ... Ich möchte betonen, dass es grundsätzlich normal ist, wenn Unternehmen sich mit Ersuchen um Unterstützung bzw. mit Hilfeersuchen an die Politik wenden, und dass man als Politiker versucht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten behilflich zu sein. Ich habe diese Nachricht daher auch gedanklich nicht als etwas Besonderes abgespeichert.“*

Auf die Frage der WKStA, ob es ihm nicht seltsam vorgekommen sei, dass Neumann Spende und Hilfeersuchen in eine Nachricht gepackt habe, antwortete Blümel: *„Ich kann mich an diese Nachricht nicht mehr erinnern, insofern kann ich auch nicht sagen, was ich mir damals gedacht habe.“*

„Standard“, 01.04.2021

Der ehemalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache streute Gerüchte.

„Gerüchte über ÖVP haben sich zum Teil als real herausgestellt“

Strache über Unterschiede zwischen Ibiza und Öbag

INTERVIEW: Fabian Schmid

Das Ibiza-Video war eine Zäsur: Die türkis-blaue Regierung wurde beendet, die Aufarbeitung ihrer Aktivitäten begonnen. Ohne Ibiza hätte die anonyme Anzeige in der Causa Casinos zu angeblichem Postenschacher bei der dortigen Vorstandsbestellung wohl nicht zu so intensiven Ermittlungen geführt. Ohne diese Verfahren wären die Handys von Heinz-Christian Strache (FPÖ), Novomatic-CEO Harald Neumann oder eben Öbag-Chef Thomas Schmid nicht sichergestellt und ausgewertet worden.

Und ohne diese Datenauswertungen wäre die Bestellung von Schmid zum Öbag-Chef samt zahlreichen Nachrichten an Kanzler Sebastian Kurz und andere ÖVP-Spitzenpolitiker wohl nicht publik geworden. Was denkt der Mann, der all das ausgelöst, rasch die Konsequenzen gezogen und dann ein Comeback versucht hat, über die aktuellen Nachwirkungen der Affäre?

STANDARD: War die Bestellung von Thomas Schmid zum Öbag-Chef aus Ihrer Sicht eine faire, transparente, unvoreingenommene Bestellung?

Strache: Es war klar ersichtlich, dass Schmid die Qualifikation für den und das Interesse an dem Vorstand hatte und die Kurz-ÖVP ihn offensichtlich dabei unterstützte.

STANDARD: Wann war Ihnen klar, dass Schmid Öbag-Chef wird?

Strache: Vermutet habe ich es schon länger, nach dem Hearing stand es jedoch endgültig fest.

STANDARD: War diese Personalie explizit Teil der Verhandlungen?

Strache: Nein, ich kämpfte lange um einen Doppelvorsand und ein Vieraugenprinzip für die Öbag, was die ÖVP jedoch strikt ablehnte und in der Koordination auf die alleinige Entscheidungskompetenz von Hofer in seinem Ressort und umgekehrt auf ihre im Finanzressort und in der Öbag bestand.

STANDARD: Wenn Sie die Berichte über Chats oder den Amtsvermerk im Teil des Aktes lesen: Sehen Sie hier qualitativ Unterschiede zu Ihrem Abend auf Ibiza?

Strache: Abgesehen von der Tatsache, dass ich nicht mehr ganz Herr meiner Sinne war, nein. Bezeichnend ist, dass sich jene Gerüchte, welche ich über andere Parteien erzählte, wie zum Beispiel über die ÖVP, jetzt zum Teil als real herausgestellt haben.

STANDARD: Dort wurde über Dinge theoretisiert, die nie zur Anwendung kamen. In den Chats werden Posten ausgepackt, alles funktionierte nach Plan. Warum, glauben Sie, war der Aufschrei über Ibiza viel größer als jener über die ÖVP-Chats?

Strache: Das ist doch offensichtlich und wird von jedem Journalisten und Medienexperten – natürlich nicht öffentlich – bestätigt: Es sind die bewegten Bilder, die manipulativ unter Auslassung wesentlicher entlastender Passagen zusammengeschnitten wurden. Dort sieht man einen betrunkenen und kettenrauchenden Strache, der über vermeintlich peinliche Dinge schwadroniert. Hätten die selbsternannten Aufdeckerjournalisten der Süddeutschen lediglich ihr Buch veröffentlicht, in dem sie auch mehrmals betont haben, dass ich alle Korruptionsangebote energisch und x-fach zurückweise, dann hätten die Bürger sich selbst ein objektives Bild machen können. Das wollte man aber unter keinen Umständen, da ein Strache, der alle Korruptionsangebote strikt ablehnt, nicht in jenes Bild passt, das von den Journalisten gezeichnet werden sollte.

STANDARD: Sie sehen keinen Beleg für Korruptionsfantasien in Ihren Aussagen auf Ibiza?

Strache: Bezeichnend ist, dass selbst der Hersteller des Videos in einem Interview mit Ihnen, sehr geehrter Herr Schmid, bestätigt hat, dass er enttäuscht war von dem Abend, weil er es in sieben Stunden nicht geschafft hat, mir einen korrupten Satz herauszulocken. Allein das belegt, dass der Skandal erst durch den manipulativen Zusammchnitt zu einem solchen wurde.

HEINZ-CHRISTIAN STRACHE (51) war ab 2005 FPÖ-Chef, ab 2017 Vizekanzler. Nach Erscheinen des Ibiza-Videos im Mai 2019 trat er zurück. Heute ist er Unternehmensberater.

„APA“, 30.03.2021

Aufsichtsratssitzung der Casinos Austria und Österreichische Lotterien Gruppe

Utl.: In der heutigen Aufsichtsratssitzung der Casinos Austria AG präsentierte das Management den Konzernabschluss 2020.

Wien (OTS) - Die Corona-Pandemie hat im abgelaufenen Geschäftsjahr tiefe Spuren in der Bilanz der Casinos Austria und Österreichische Lotterien Unternehmensgruppe hinterlassen. Nachdem 2020 alle 12 heimischen Casinos und 21 WINWIN Standorte Corona-bedingt insgesamt 135 Tage geschlossen hatten und auch die 26 internationalen Betriebe zahlreiche Schließtage zu verzeichnen hatten, steht nun ein konsolidierter Bruttospielertrag (Konzern-Umsatz) von 1,134 Mrd. Euro (2019: 1,359 Mrd. Euro) zu Buche. Das Konzernergebnis reduzierte sich auf 0,95 Mio. Euro gegenüber 112 Mio. Euro im Jahr 2019.

Als spürbare zusätzliche Belastungen machen sich Restrukturierungskosten von rund 55 Mio. Euro bemerkbar, die im Zuge des Restrukturierungsprogramms ReFIT aufgebracht wurden und Wertminderungen in der Höhe von rund 21 Mio. Euro.

Die schwarze Null auf Konzernebene wurde durch Einmal-Effekte gerettet. Zum einen gab es im vergangenen Jahr bei den Lotterien ein erhöhtes Mehrfachjackpot-Aufkommen bei Lotto „6 aus 45“. Zum anderen ist es erfolgreich gelungen, Casinogäste zum digitalen Angebot der Online-Spieelseite win2day.at zu kanalisieren.

Mit 594 Mio. Euro Steuern und Beiträge in Österreich bleibt die Unternehmensgruppe zwar einer der größten Steuerzahler des Landes, wenngleich sich die rückläufigen Umsätze des vergangenen Jahres natürlich auch hier widerspiegeln (2019: 643 Mio. Euro).

„Das abgelaufene Geschäftsjahr war das herausforderndste in der gesamten Unternehmensgeschichte. Auf Grund äußerst schwieriger Rahmenbedingungen war es für die gesamte Unternehmensgruppe enorm schwierig, wirtschaftlich auf Kurs zu bleiben. Zusätzlich durchliefen wir ein groß angelegtes, alle Unternehmensbereiche betreffendes Restrukturierungsprogramm, das die Grundlage für eine positive Zukunft der Gruppe gelegt hat. Das vergangene Jahr war somit ein besonderer Kraftakt, der die große Geschlossenheit auf allen Ebenen gezeigt hat. Eigentümer, Aufsichtsrat, Management, Belegschaftsvertreter und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hier an einem Strang gezogen, um diese Herausforderungen zu meistern. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich und bin sehr stolz, dass uns das gemeinsam gelungen ist“, kommentiert Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner das abgelaufene Geschäftsjahr.

Zwtl.: Bettina Glatz-Kremsner steht nicht für eine Vertragsverlängerung zur Verfügung

Im April 2022 läuft der Vorstandsvertrag von Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner aus. Nach reiflicher Überlegung hat Glatz-Kremsner in der heutigen Sitzung den Aufsichtsrat darüber informiert, dass sie aus persönlichen Gründen für eine Vertragsverlängerung im kommenden Jahr nicht zur Verfügung steht. Durch die frühzeitige Information bleibt dem Aufsichtsrat ein volles Jahr Zeit, die Nachfolge zu regeln. Glatz-Kremsner wird selbstverständlich mit vollem Einsatz für eine optimale Übergabe zum Wohle des Unternehmens sorgen.

„Die Unternehmensgruppe verliert im kommenden Jahr mit Bettina Glatz-Kremsner die Gallionsfigur der letzten Jahre und Jahrzehnte. Das ist natürlich ein schmerzlicher Verlust für das Unternehmen. Ich bedanke mich sehr herzlich für die herausragende Leistung von Bettina Glatz-Kremsner an der Spitze der Unternehmensgruppe und für ihren transparenten Umgang mit ihren Zukunftsplänen. Mit diesem verantwortungsvollen Schritt stellt Glatz-Kremsner sicher, dass ihre Nachfolge optimal und zum Wohle des Unternehmens organisiert werden kann“, kommentiert Aufsichtsratspräsident Wolfgang Hesoun die Entscheidung.

„Mit unermüdlichem Engagement, großer Sachkenntnis und viel Leidenschaft für die Sache hat Bettina Glatz-Kremsner als Vorstand der Casinos Austria viele Jahre das Unternehmen geprägt. Als Vorstand der ÖBAG habe ich sie stets als kompetenten und empathisch Ansprechpartner erlebt, der mit Weitblick die Neuausrichtung der Casinos Austria AG vorangetrieben hat und vorantreibt“, äußert sich ÖBAG-Vorstand Thomas Schmid.

„Der Aufsichtsrat von Casinos Austria hat zur Kenntnis genommen, dass Bettina Glatz-Kremsner für eine Vertragsverlängerung nicht zur Verfügung steht. Im Namen der Sazka Group als Mehrheitsaktionär des Unternehmens möchte ich Bettina für ihren langjährigen Beitrag und insbesondere für ihre Rolle im Top-Management in manchmal herausfordernden Zeiten danken. Ich kenne Bettina seit der Zeit, als ich in Österreich lebte, lange bevor sich unsere Wege beruflich trafen, und ich habe ihr Engagement für das Unternehmen, in dem sie 30 Jahre verbracht hat, immer geschätzt, wie auch ihr stetiges Bemühen auf die Bedürfnisse von Mitarbeitern, Stakeholdern und Kunden einzugehen. Wir sind Bettina für die frühzeitige Information dankbar. Somit kann der Aufsichtsrat in der Suche nach einem Nachfolger oder Nachfolgerin mit starker Branchenerfahrung aktiv werden, damit dieser oder diese möglichst rasch die Führungsaufgabe im Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten aufnehmen kann. Der professionelle Übergabeprozess ist für uns sehr wichtig“, so Robert Chvatal, CEO der SAZKA Group und Vizepräsident des Aufsichtsrats von Casinos Austria AG.
